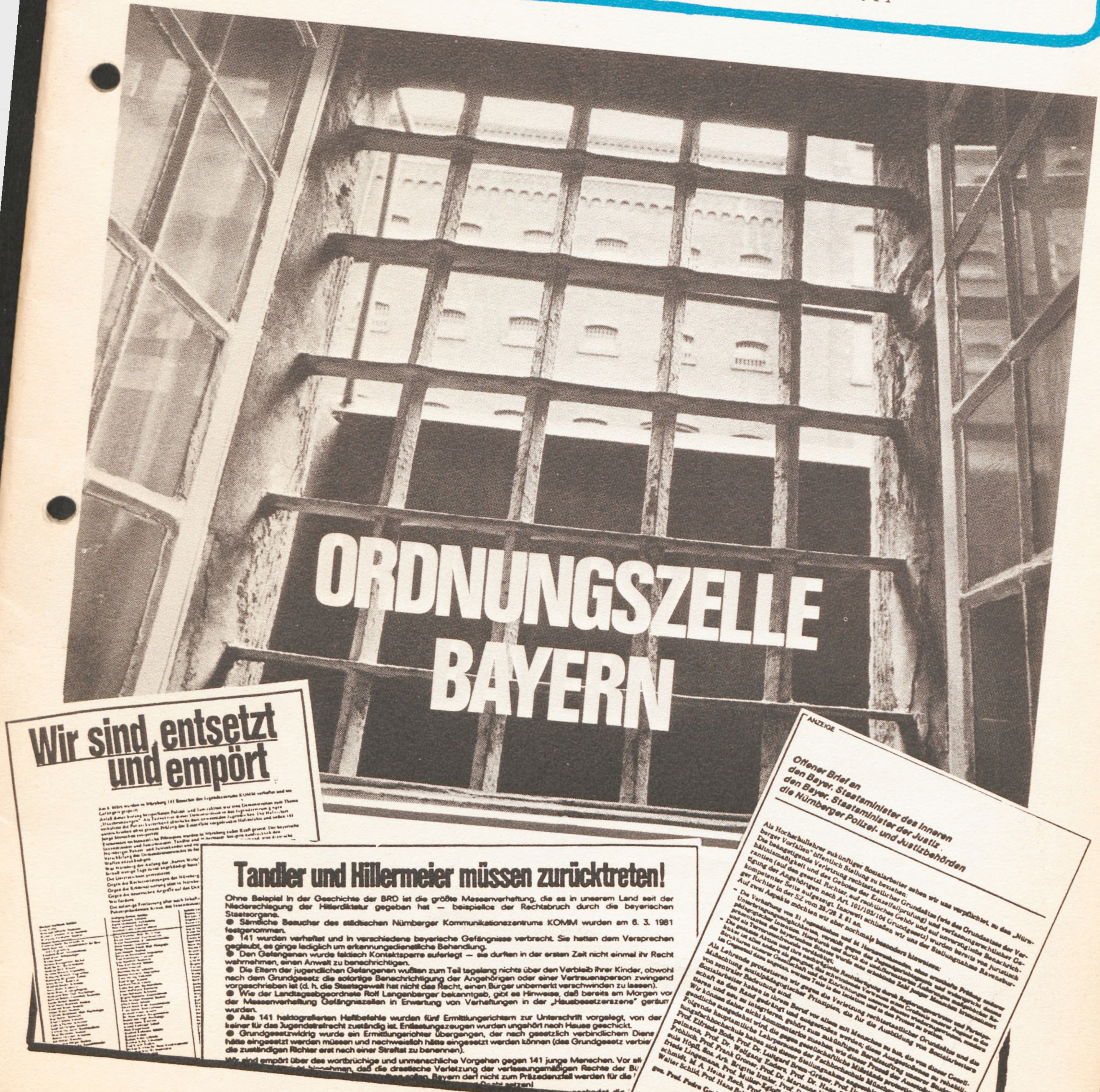
DEMOKRATISCHER INFORMATIONS DIENST

Herausgegeben vom ANTI - STRAUß - KOMITEE

1,–

Mai 1981 Nr.44



IN DIESER NUMMER:

Seite 3 - 5

Strauß und Tandler rüsten fleißig für ein neues 33-Nürnberg und die Folgen für die Demokratie

Seite 4

"Ich scheiß mir deswegen nicht in die Hose" - ein Nürnberger Richter von altem Schrot und Korn

Seite 4 - 5

Ordnungszelle Bayern- eine historische Parallele

Seite 1o - 13

Unglaublich ,aber wahr: Tonbandabschrift eines Rundfunkinterviews mit FJ Strauß ein wichtiges Dokument

Seite 15 - 17

Dem Naziterror Einhalt gebieten

letzte Seite:

Offener Brief von Sozialdemokraten an Bundeskanzler Schmidt

Wir schwören deshalb vor aller Welt auf diesem Appellplatz, an dieser Stätte des faschistischen Grauens:
Wir stellen den Kampf erst ein, wenn auch der letzte Schuldige vor den Richtern der Völker steht!
Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung.
Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.
Das sind wir unseren gemordeten Kameraden, ihren Angehörigen schuldig.

Aus dem Schwur von Buchenwald.
19. April 1945

Noch Wochen nach den Vorfällen in Nürnberg, der 141fachen Verhaftung von Jugendlichen im städtischen Jugendzentrum KOMM, ist die Presse voll von Berichten über die Folgen und Auswirkungen, protestieren Demokraten gegen die Beschädigung der Demokratie und debattieren Menschen im ganzen Land darüber, was da nun eigentlich geschehen ist.

Halten wir uns einmal vor Augen: In einem Jugendzentrum, in dem "Außenseiter"- d.h. für Strauß, Tandler, Hillermeier: arbeitslose Jugendliche, Gewerkschafter, Ausländer ... - verkehren, ortet die Staatsgewalt "Störer", "Landfriedensbrecher". Die Polizei umzingelt das Gebäude, 141 Jugendliche verschwinden für ihre Angehörigen spurlos in diversen Gefängnissen, verstreut über ganz Bayern. Oft erst nach Tagen können Eltern feststellen, wo ihre Kinder eingelocht sind. Eine junge Mutter wird von ihrem Kind getrennt, Schulplatz und Lehrstelle sind gefährdet. Beamte beschimpfen Elternteile als "Terroristenmutter" u. dergl. (AZ, 12.3. 81).

Dies alles aber nicht etwa ein Bericht über Vorfälle in der Türkei, in Chile oder El Salvador - nein, CSU-Politik in Bayern, Nürnberg. Zwei Ausschnitte der "Aktion Nürnberg", die eben von ihrem Charakter her, von Inhalt und Durchführung eigentlich nur als Maßnahmen aus faschistischen Ländern bekannt sind. Massenhaftes Verschwinden von "Volksschädlingen", mit der Einheitsbegründung "Der Beschuldigte gehört zur Hausbesetzerszene oder sympathisiert mit ihr" (AZ 12.3.81), durchgeführt von ausgesiebten Richtern - das ist <u>Bruch von Recht und Verfassung</u>. Wer das nur "Unverhältnismäßigkeit" nennt, verkennt die Schwere und Bedeutung dieses Vorgangs.

Das Einmaleins jedes bürgerlichen Juristen hat in Nürnberg seine Gültigkeit verloren: Die penible Untersuchung eines jeden Falles und seiner besonderen Umstände d.h. ob überhaupt ein Grund zur Verhaftung vorliegt, die sog. Einzelfallprüfung, wird nicht einmal zum Schein aufrechterhalten. Die scheinbar zur Feststellung ihrer Personalien bzw. erkennungsdienstlichen Behandlung vorläufig (wahllos) festgenommenen 141 werden aufgrund hektographierter Haftbefehle, (die sich ja eben rechtens nur nach penibler Untersuchung des Einzelfalles (s.o.) erstellen lassen) verhaftet. Lokkere Erklärung Justizministers Hillermeier: "...zur Erleichterung der Schreibbeit vervielfältigt." (AZ 12.3.81). Die AZ nannte die Haftbefehle "hektographierte Lügen". Überdies wurde ein Richter, der rechtens "drangewesen" wäre, übergangen. Das war doch nicht

etwa "Aussieben"? Weit gefehlt, höchstens eine Panne. (s.Art. Seite 6)

Offensiv und ohne jegliche Scham aber verteidigen Strauß, Innenminister Tandler und Justizminister Hillermeier die ganze Aktion. Der Gipfelpunkt dabei ist die Äußerung von Strauß im Interview mit dem 'Notizbuch' (s. auch Protokoll): "Daß dann und wann bei der Justiz auch einmal Unschuldige festgenommen werden, das hat sich doch im Verlaufe der Jahrhunderte immer wieder ereignet. Hier soll man aber nicht mit Krokodilstränen weinen und hier soll man nicht heucheln. Die bayerische Polizei hat z.B. am Morgen nach dem Oktoberfestattentat sechs oder acht Mitglieder der Wehrsportgruppe Hoffmann festgenommen. Der Generalbundesanwalt hat sie dann nach 48 Stunden wieder freigelassen, weil ihnen keinerlei Schuld nachgewiesen werden konnte. Wer hat sich denn damals darüber aufgeregt, daß diese armen Mitglieder der Wehrsportgruppe Hoffmann von der brutalen bayerischen Polizei ohne jeden konkreten Verdachtsmoment festgenommen und dem Generalbundesanwalt überstellt worden sind? Ich verstehe Christus sehr wohl, wenn er sagt: "Oh, Ihr Heuchler!" (31.3.81 nach Tonbandabschrift).

Nürnberg hat neue Maßstäbe gesetzt. Tandler und Hillermeier behaupten, daß das, was in Nürnberg geschah, schon immer die Norm war. Zusammen mit Strauß verteidigen sie die Aktion nicht nur, sondern billigen offenbar deren Fortführung durch die sog. unabhängigen Richter. Es ist wohl nur die konsequente Fortsetzung des bislang Geschehenen, wenn die Betroffenen (zuvor Inhaftierten), nachdem sie freigelassen wurden, nun polizeilich von Staatsanwaltschaft oder Richter vorgeladen werden - zum Teil nur wenige Stunden vorher - , um als Zeugen, nicht mehr als Beschuldigte ausgequetscht zu werden. Durch dieses Verfahren wird ihnen weitgehend die Möglichkeit genommen, die Aussage zu verweigern, darüberhinaus laufen sie Gefahr, sich wohlmöglich selbst zu belasten.

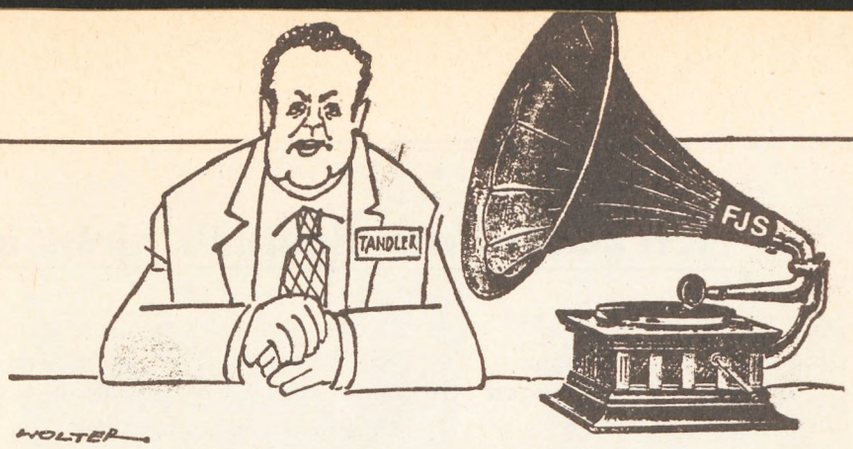
Mit den Vorfällen von Nürnberg wurde der Abbau der Demokratie in unserem Land nicht nur vorangetrieben, sondern erhielt auch eine neue Qualität. Sie besteht darin, daß in dieser Republik in bislang einzigartiger Weise offen und brutal gegen elementare Normen des Rechtes und der Verfassung verstoßen wurde. Alltäglich fast ist der l e g a l e Rutsch nach rechts: Man ändert Gesetze und Bestimmungen (Berufsverbote, Polizeiaufgabengesetz, "Anti-Terrorgesetze"...)und unterhöhlt die Demokratie auf diese Weise im Rahmen von Gesetz und Verfassung. Mit Nürnberg wurde dieser Weg beispielhaft verlassen. Sonthofen wurde angewandt ! Die Süddeutsche Zeitung (13.3.81) kommentierte: "Die Nürnberger Affäre zeigt nämlich sehr deutlich, wie die politischen Vorgaben von F.J.Strauß nun in praktische Politik, also vom rein Klimatischen ins durchaus Konkrete, umgesetzt werden."

1981: Massenverhaftung im Jugendzentrum "KOMM"

"Durchaus konkret" spielte sich dieses - nachlesbar in der Presse - ab:
Am 5.2.81 meldet die "tz" München: "Strauß warnt vor dem Pöbel" und habe einen Brief an Tandler geschrieben, in dem es heißt: "Schon jetzt sind alle Maßnahmen

zu ergreifen, damit sich im Freistaat so schwere Ausschreitungen randalierender Chaoten wie in Frankfurt, Berlin und Hamburg nicht ereignen können." Tandler, der willige Scharfmacher seines Herrn, spricht daraufhin in der AZ (2o.2. 81) von "...Demonstration der Stärke, ... die ...von vornherein wissen läßt, was ihnen blüht...". Im Bayernkurier (28.2.81) schreibt Strauß: "All das, was ich in meinem Jahre zurückliegenden Diskussionsbeitrag von Sonthofen ... vorgetragen habe, ist in der Zwischenzeit ... eingetreten..." und folgert daraus, daß die "politische Offensive (das) Gebot der Stunde" ist. Er formuliert sein Ziel im gleichen Artikel wie folgt: "Wir müssen mit unseren besseren Argumenten unsere liberal-konservative Revolution der anarchistischen Kulturrevolution entgegensetzen." Ein Vorgeschmack davon war Nürnberg!

■



Der Scharfmacher

Tandler fordert im Landtag Gummigeschosse und chemische Kampfstoffe für seine Wasserwerfer. Der Etat ist bereits da, und wenn der Bund nicht mitzieht, wird Bayern allein vorpreschen. Wobei in der CDU bereits der erste Widerhall zu hören ist: Ausgerechnet der Herr Innenminister des ach so liberalen Herrn Ministerpräsidenten Albrecht, Möcklinghoff in Niedersachsen, fordert die gleiche Bewaffnung, außerdem panzerbrechende Waffen und Luftabwehrbewaffnung!!
In der Landtagsdebatte vom 11.3.81 drohte Tandler: "Es könne Situationen geben, in denen der Schußwaffengebrauch zur Diskussion stehen muß" (SZ 12.3.81). Wer möchte bestimmen, wie groß der Abstand zu dem Zitat eines Göring ist, der 1933 seine Polizei anwies: "

"Wer in Ausübung dieser Pflichten von der Schußwaffe Gebrauch macht, wird ohne Rücksicht auf die Folgen von mir gedeckt. Wer hingegen in falscher Rücksichtsnahme versagt, hat dienststrafrechtliche Folgen zu gewärtigen. Jeder Beamte hat sich stets vor Augen zu halten, daß die Unterlassung einer Maßnahme schwerer wiegt, als begangene Fehler in der Ausübung."

Hermann Göring
Aus: Braunbuch über Reichstagsbrand und Hitlerterror 1933

■

1933: Massenverhaftungen von Gewerkschaftern

'Ich scheiß mir deshalb nicht in die Hose'

Einige Aussprüche und Meinungen des Nünberger Richters, der einen neuen deutschen Rekord aufstellte: In sechs Stunden fertigte Amtsrichter Günther Meyerhöfer fünfzig Haftbefehle gegen Jugendliche in Nürnberg aus. "Er ist einfach der Schnellste" - so ein Kollege über Meyerhöfer. "Meine Vorbilder sind Bismarck und Adenauer, aber bestimmt nicht ein norwegischer Offizier namens Frahm*", sagte Meyerhöfer über seine Leitbilder. Das paßt: Bismarck bekämpfte mit den Sozialistengesetzen die revolutionäre Arbeiterbewegung, Adenauer erließ das KPD-Verbot und die Diffamierung von Willy Brandt als quasi vaterlandslosen Gesellen ist sattsam bekannt aus der neonazistischen Ecke. Auf die Frage eines Sternreporters, ob man überhaupt in so kurzer Zeit Haftbefehle ausstellen lassen darf, antwortet Meyerhöfer: "Sie haben ja gesehen, man kann's.

Amtsrichter Günther Meyerhöfer

Und wenn ich mal wieder für eine solche Aktion eingeteilt werde, dann werde ich wieder so handeln". Und Meyerhöfer weiß auch, warum: "Es ist doch nicht normal, wenn sich 16-, 17jährige in dieses Scheiß-KOMM reinhängen anstatt was Vernünftiges zu machen". Daß Meyerhöfer in Nürnberg zum Einsatz kam, ist sicher kein Zufall. Kollegen hörten ihn schon mittags in der Kantine tönen: "Wenn heute Not am Mann ist, bin ich dabei."

(Nach Stern vom 2.4.81)

* Der heutige SPD-Vorsitzende als Herbert Frahm in Lübeck geboren, legte sich den Namen Willy Brandt zu, als er wegen der Verfolgung durch die Nazis in den Untergrund ging, bevor er nach Norwegen floh. ■

'Ordnungszelle Bayern'

Aus der PDI-Reihe "Blick nach rechts", Nr.7, vom 01.04.1981, zitieren wir einen Abschnitt, der uns aufschlußreich und wichtig erscheint:

"Es drängen sich gegenwärtig zwangsläufig politische Paralellen mit der "Ordnungszelle Bayern" der Jahre 1919/20 auf.

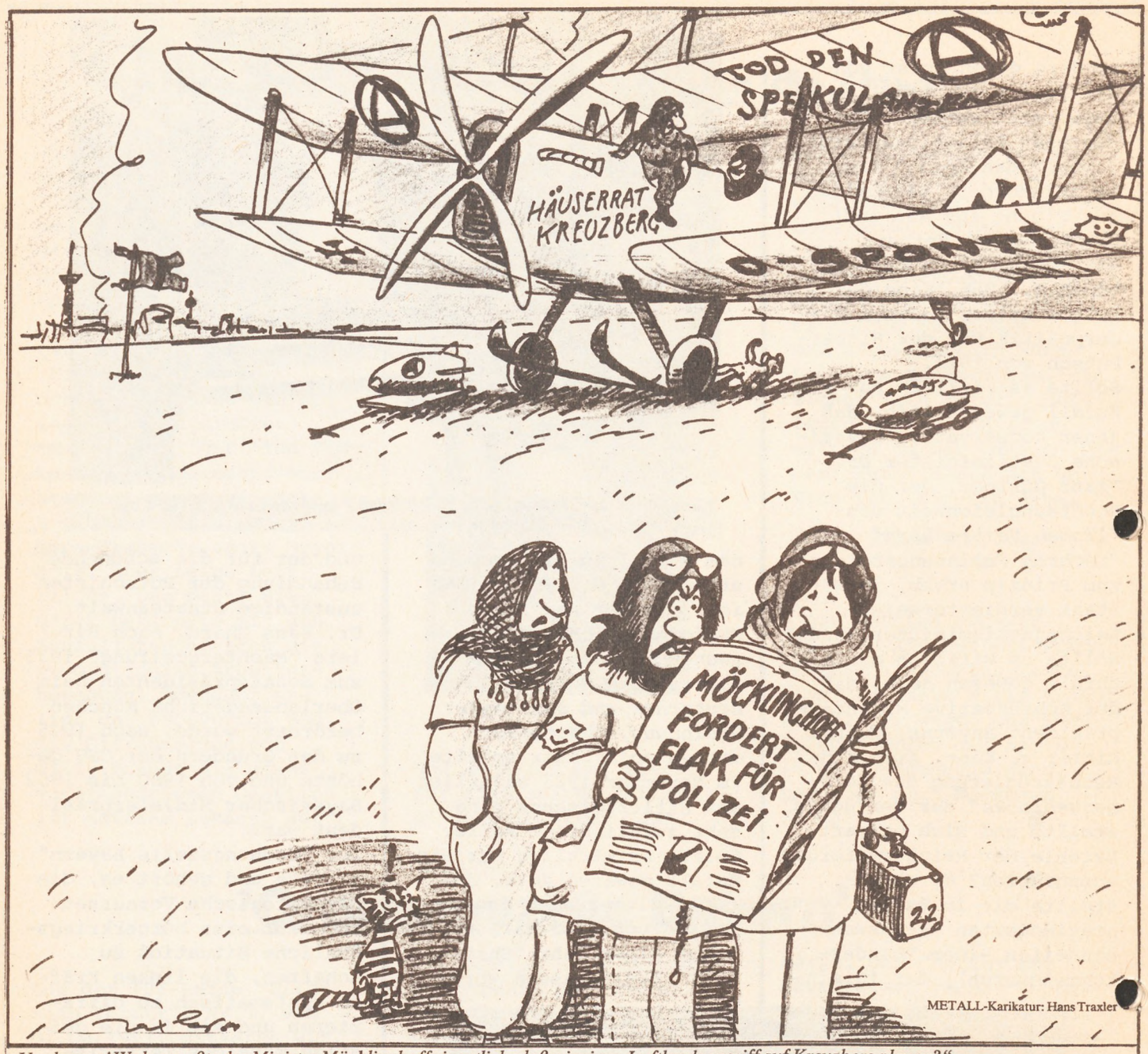
In seinem Buch *"Die verratene Republik"* beklagte der ehemalige bayerische Ministerpräsident und führende SPD-Politiker Wilhelm Högner *"die reichs- und republikfeindliche Haltung Bayerns seit 1920"*. Verantwortlich hierfür waren unter anderem die Spitzenfunktionäre der "Bayerischen Volkspartei" - der Vorgängerin der CSU. Die Gemeinsamkeit der rechtsradikalen und konservativen Bünde und Parteien waren vorwiegend durch die antirepublikanische, antikommunistische und antisemitische Grundhaltung geprägt. Diese monarchistischen und nationalistischen Gruppen verstanden sich als der politische militante Kern der *"bayerischen Ordnungszelle"* gegen das *"marxistisch verseuchte Berlin"*. Sie wünschten in Zusammenarbeit mit den terroristischen Freikorps, das *"Regime der Novemberverbrecher"* - gemeint war die Reichsregierung in Berlin - zu beseitigen. In dieser konterrevolutionären Atmosphäre erwiesen sich in Bayern Justiz, Polizei und Reichswehr als die zuverlässigsten Verbündeten der antidemokratischen Kreise.

Mit Hilfe einer maßlosen Hetze, die vor Morddrohungen nicht zurückschreckte, wurden jene geistigen Voraussetzungen geschaffen, in denen in den meisten Fällen - soweit es überhaupt zu Gerichtsverhandlungen kam - nicht die rechtsradikalen Mörder,

sondern deren Opfer von der Justiz nachträglich verurteilt wurden. (Der Münchner Polizeipräsident verhalf den beiden Erzberger-Mördern persönlich zur Flucht ins Ausland! (Nach: Helmut Heiber, Die Republik von Weimar, München, 1966.) Eine der Folgen dieser rechten Bürgerpolitik war der Hitler-Putsch von 1923.
Sollte es wirklich nur ein Zufall gewesen sein, daß jener konservative bayerische Justizminister Dr. Franz Gürtner, der die Rechtsungleichheit von *"linken Verbrechern"* *"rechten Gesinnungstätern"* zum Prinzip erhob, im NS-Staat verdienterweise Reichsjustizminister wurde?
Sollte es wirklich nur ein Zufall gewesen sein, daß der konservative Ministerpräsident Bayerns, Gustav Ritter v. Kahr, sich einer Rechtsregierung des *"Ordnungsblocks"* zur Verfügung stellte und sich weigerte, Befehle der Reichsregierung auszuführen? Er unterstellte die in Bayern stationierten Reichswehreinheiten einem "Landeskommandanten", der in einem Aufruf an die Truppe erklärte: *"Was wir wollen ist, daß der bayerischen Regierung nichts aufgezwungen werden soll, was Bayern, dem Hort deutscher und nationaler Gesinnung, unschädlich machen soll"*. Kahr spielte im November 1923 anläßlich des Hitlerputsches eine sehr zwielichtige Rolle.
Sollte es wirklich nur ein Zufall gewesen sein, daß Adolf Hitler nach dem Putsch von 1923 nach nur knapp einem Jahr "Ehrenhaft" freigelassen wurde und der für die schonende Behandlung der Putschisten zuständige Staatsanwalt, Dr. Hans Ehard, nach Hitlers "Machtergreifung" 1933 zum Senatspräsidenten beim Oberlandesgericht München befördert wurde, nach 1945 zu den Gründern der CSU gehörte und von 1960 bis 1962 Bayerischer Ministerpräsident war?
Zur "Ordnungszelle Bayern" gehörte und gehört es, die psychologische Voraussetzung für eine bürgerkriegsähnliche Situation zu schaffen, die linken Kräfte systematisch zu diffamieren und sie in die geistige Nähe des Terrorismus zu drängen - und zu gleicher Zeit rechtsradikale Ausschreitungen zu bagatellisieren. Man lasse sich nicht täuschen. Jene Gummiwuchtgeschosse, die sich die CSU heute gegen demonstrierende, angeblich terroristische Jugendliche wünscht, können morgen gegen streikende Arbeiter Anwendung finden." ■

Ludendorff verläßt nach seinem erfolgten Freispruch am 1.4.1924 das Gerichtsgebäude in München

Freikorps-Truppen in München während der Niederschlagung der Räterepublik



METALL-Karikatur: Hans Traxler

„Verdammt! Woher wußte der Minister Möcklinghoff eigentlich, daß wir einen Luftlandeangriff auf Kreuzberg planen?"

WOHLVERDIENTES LOB VON DER "DEUTSCHEN NATIONAL-ZEITUNG" FÜR GEROLD TANDLER

PDI/ Die rechtsradikale "Deutsche National-Zeitung" ruft dem bayerischen Innenminister Gerold Tandler (CSU) zu: "*Landgraf, bleibe hart!*" (DNZ vom 20.3.81). Sie unterstützt damit die Forderung des bayerischen Polizeiministers und der CSU-Landesregierung, den Protest gegen soziale Mißstände mit Hilfe von "*Abschußgeräten für Gummischrot- und Gummiwuchtgeschosse sowie chemische Beimischungen für Wasserwerfereinsatz, die Schockzustände, Übelkeit, Juckreiz und Tränenfluß auslösen*" im Keim ersticken zu können. Das rechtsradikale Blatt lobt die Bayerische Staatsregierung, denn ihr sei es "*durch konsequentes Durchgreifen bisher gelungen, den Freistaat vor linksextremistischen Ausschreitungen weitgehend zu bewahren*". Sie zitiert zustimmend den Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß, der die Hausbesetzer warnte: "*Wir haben sie nicht geduldet, wir dulden sie nicht und werden sie nicht dulden!*"

Aus PDI: Blick nach rechts, Nr.7, vom 01.04.1981 ■

Der Rechtsbruch geht weiter

Nach der spektakulären Massenverhaftung von Nürnberg gerieten die Strafverfolger offenbar derart in Beweisnot, daß sie nun – wiederum rechtswidrig – versuchen, Beschuldigte als Zeugen auszuforschen.

Zwar wollen die Ermittler inzwischen etwa die Hälfte der meist noch jugendlichen Beschuldigten als Teilnehmer der Demonstration ausgemacht haben, bei der sechs Schaufenster eingeschlagen oder eingeworfen worden waren. Doch Teilnahme an dieser Krawall-Demonstration macht strafrechtlich noch nicht den „schweren Landfriedensbruch" aus, den die Ankläger unterstellen. Der mindeste Beleg dafür wäre eine „psychische Beihilfe" zu Gewalthandlungen, etwa durch Beifall für einen Fensterbruch.

Der Zwang, wenigstens Minimalergebnisse vorweisen zu können, erklärt vielleicht, warum die Ermittler vorletzte Woche auf eine Methode verfielen, in der die Verteidiger einen „mindestens ebenso großen Skandal wie die Massenverhaftungen" (so der Münchner Rechtsanwalt Jürgen Arnold) sehen. Der Würzburger Anwalt Gerd Rohde ist sogar „felsenfest überzeugt", daß sich die Nürnberger Justiz dabei eines „schwerwiegenden Verfassungseingriffs" schuldig macht, und erhob Verfassungsbeschwerde beim Karlsruher Bundesverfassungsgericht.

Die Kritik richtet sich gegen einen speziellen Trick des Ermittlungsrichters: Beschuldigte werden — dies ist bei gut einem Dutzend nachweislich geschehen und wird vermutlich systematisch auf alle ausgedehnt — kurzerhand zu „Zeugen" umfunktioniert und zur Einvernahme vorgeladen. Als Zeugen aber können sie, im Gegensatz zu Beschuldigten, die Aussage nicht generell verweigern, sondern müssen sich obendrein wahrheitsgemäß und bei Strafandrohung äußern.

Um das Vorgehen wenigstens formalrechtlich zu decken — Beschuldigte können nach der Strafprozeßordnung nicht zugleich Zeugen in der eigenen Sache sein —, geht es denn auch laut Zeugenladung nicht um die eigene Sache (in der die Betroffenen immer noch Beschuldigte bleiben), sondern um eine „Strafsache gegen Unbekannt u. a.".

Auf derlei Fragen, stets analog in Formulierung und Reihenfolge, verweigerten die von Anwälten beratenen Zeugen zumeist jede Aussage — trotz Strafandrohung. Mindestens in einem Fall, bei Andrea Stein, 25, Studentin der Fachhochschule der Evangelischen Erziehungsstiftung in Nürnberg, ordnete der Richter Erzwingungshaft an. Er war der Meinung: „Diese Fragen zielten nicht auf ihre eigene Tatbeteiligung ab."

Genau das ist jedoch der Punkt, in dem die Nürnberger Justiz auf Abwege geriet. Zwar ist die sogenannte manipulierte Rollenvertauschung zwischen Mitbeschuldigten und Zeugen nach der Strafprozeßordnung durchaus möglich, sofern das Gericht einen Mitbeschuldigten in einem abgetrennten Verfahren als Zeugen vernehmen will. Zulässig ist sie indes nur, so die einschlägige Rechtsprechung, „wenn sich die Aussage auf eine Tat bezieht, die nicht auch der Auskunftsperson vorgeworfen wird".

Und als unzulässig hat der Rollenwechsel zu gelten, wenn der Zeuge „über eine gemeinschaftlich begangene Tat vernommen werden soll". Denn „in diesem Fall", sagt klipp und klar der Strafprozeßordnungs-Kommentar Löwe-Rosenberg, „führt die Verfahrenstrennung zu einer Umgehung des den deutschen Strafprozeß beherrschenden Grundsatzes, daß ein Angeklagter in dem gegen ihn geführten Strafverfahren nicht zugleich Zeuge sein kann". Solche, von dem Strafrechtler Claus Roxin präzisierte „unwürdige Manipulation" gehört nach den Erfahrungen des Nürnberger Rechtsanwalts Peter Freud „schon zur Alete-Kost für Jura-Studenten".

So unterstrich auch das Oberlandesgericht Frankfurt in einem Beschluß vom Dezember vergangenen Jahres sehr deutlich die Grenzen der Manipulierbarkeit: Zum Rollentausch dürfe es nur kommen, „wenn der zu Vernehmende endgültig als Mitbeschuldigter aus dem Verfahren ausgeschieden ist und deshalb zu keinem Zeitpunkt mehr in der Rolle des Angeklagten erscheinen kann".

Mitnichten gilt das für die angeblichen Nürnberger Landfriedensbrecher, deren Zeugenrolle Anwalt Arnold als „verdeckte Beschuldigtenvernehmung", sein Kollege Rohde als „Aussage-Erpressung unter Androhung eines Übels" bezeichnete.

Beschwerden der Verteidiger wies indes die zuständige Kammer des Landgerichts Nürnberg-Fürth mit der erstaunlichen Begründung zurück, es liege gar kein Rollentausch vor, da alle Verfahren aus den März-Verhaftungen von Anfang an getrennt geführt worden seien — als handle es sich nicht um das Delikt Landfriedensbruch, das nur gemeinschaftlich begangen werden kann, und als hätte es nicht 141 hektographierte Haftbefehle gleichen Inhalts gehagelt.

Wie plump das Nürnberger Rollen-Verfahren überdies gehandhabt wurde, erhellen Zeugenladungen, die, wie bei der Krankenschwester Gienger, ursprünglich ganz persönlich „in der Strafsache gegen Sie" gemeint waren und nachträglich ausgebessert wurden: durch Übertünchen von „Sie" mittels Tipp-Ex und handschriftliche Korrektur in „Unbekannt u. a."

Doch selbst wenn der Zeugen-Trick Rechtens wäre, bliebe das Vorgehen zweifelhaft. Allemal geraten die Betroffenen in Konflikt zwischen Wahrheitspflicht (als momentaner Zeuge) und Selbstschutz (als momentaner Nichtbeschuldigter). Der Zeuge sehe sich gezwungen, protestierte Anwalt Freud, „gleichsam einen Wachsabdruck dessen zu liefern, was er als Beschuldigter nicht preiszugeben braucht".

Der Zeuge kann zwar Auskünfte verweigern, soweit er damit sich selbst oder Angehörige zu belasten droht, er muß dies jedoch bei jeder einzelnen Frage glaubhaft machen. Will er aussagen, geht's „bei jedem Wort um Haaresbreite um die Gefahr der Selbstbelastung", so Rechtsanwalt Dirk Clausen, Nürnberg; zieht er gar einen Mitbeschuldigten mit hinein, muß er damit rechnen, daß dieser sich einschlägig revanchiert.

Die Verteidiger forderten deshalb ein umfassendes Auskunftsverweigerungsrecht für die manipulierten Zeugen, sie betrachten die Situation als Musterbeispiel für eine frühere Entscheidung des Bundesgerichtshofs, wonach „unter Umständen die gesamte in Betracht kommende Aussage eines Zeugen mit seinem vielleicht strafbaren Verhalten in so engem Zusammenhang stehen" könne, „daß nichts übrigbleibt, was er ohne die Gefahr strafgerichtlicher Verfolgung bezeugen könnte". In diesem Fall werde das Auskunftsverweigerungsrecht eines Zeugen, so weiter der Bundesgerichtshof, „zum Recht der Verweigerung des Zeugnisses in vollem Umfang".

Die leichtfertige Art, Quasi-Zeugen auszuforschen, die sich eigentlich nur belasten können, macht nach Meinung von Anwälten „erst recht die ganze Fragwürdigkeit des bisherigen Vorgehens seit der Massenverhaftung deutlich" (Peter Doll, Nürnberg). Ohne ein „Zusammenspiel auf Biegen und Brechen zwischen Staatsanwaltschaft und Richtern" scheint den Verteidigern „das Ganze nicht mehr denkbar" (Anwalt Alfons Schild, Regensburg).

Ein mäßigender Eingriff des bayrischen Justizministeriums ist da kaum zu erwarten — eher noch eins drauf von Minister Karl Hillermeier, der die maßlose Massenaktion von Anfang an rechtfertigte, wo immer er Gelegenheit hatte, und Kritikern gar mit barscher Zurechtweisung beikommen wollte. ■

Aus Spiegel v. 6.4.81

UNGLAUBLICH, ABER WAHR!

Interview des bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß mit dem neuen Leiter des "Notizbuches", Reiter, am Dienstag, den 31.3.1981:

"R.: In Berlin, Herr Ministerpräsident, geht man mit den Hausbesetzern ja überaus vorsichtig um. Man zeigt ein gewisses Verständnis für ihr Motive und vermeidet die Konfrontation, wo es geht und nimmt den Rechtsbruch sozusagen um des lieben Friedens willen in Kauf. In Bayern wird dagegen mit Ihrer ausdrücklichen Billigung eine erheblich härtere Linie verfolgt. Warum eigentlich ? Haben sie überhaupt kein Verständnis für die Motive und die Aktionen der Hausbesetzer?

FJS: Zuerst ein Wort zum Fall Berlin. In Berlin haben wir doch, nicht nur in den letzten Monaten, sondern in den letzten Jahren,erlebt, daß Gewalttäter aus diesem oder jenem Anlaß durch die Strassen ziehend, serienweise Schaufenster eingeschlagen haben, zum Teil geplündert haben, alle den Tatbestand des "schweren Landfriedensbruches" begangen haben, den Tatbestand des "Widerstands gegen die Staatsgewalt"begangen haben.
Die Reaktion war nicht erst jetzt, sondern schon seit einer Reihe von Jahren auf Seiten der Verantwortlichen in Berlin so, daß sie die Augen vor diesem Sachverhalt geschlossen, die Chaoten sich haben austoben lassen, die Polizei Verbot erhielt einzugreifen. Ich habe Fälle gehört, wonach z.B. der Besitzer eines geplünderten Ladens, dessen Schaufenster eingeschlagen worden waren, in der Nähe stehende Polizisten aufgefordert hat, ihnen die Schuldigen gezeigt hat, der mit dem geplünderten Gegenstand davoneilte und die Antwort erhielt: "Wie haben Weisung, hier nicht einzugreifen". Diese Linie der Nachgiebigkeit gegenüber Rechtsbrüchen, mit dieser oder jener Begründung versehen, wenn man dagegen vorgehe, werde es noch schlimmer werden, hat ja sicherlich auf den Umfang und die Art der Hausbesetzungen in Berlin einen großen Einfluß ausgeübt.
Wenn die Polizei aber sich weigert, gerichtliche Beschlüsse zu vollziehen, Hausdurchsuchungsbeschlüsse zu vollziehen, wenn das von den politischen Amtsträgern gedeckt wird mit der Begründung, "dann würde nur eine Steigerung der Gewalt auf beiden Seiten eintreten",dann weicht hier der Rechtsstaat wegen der Opportunität und Charakterlosigkeit der Amtsträger vor der Gewalt und vor dem Rechtsbruch zurück. Wo aber das Recht nach opportunistischer Parteipolitik gehandhabt wird, ist der Polizeistaat nicht mehr ferne, weil da das Eingreifen der Polizei nicht mehr eine Folge der Rechtsvorschriften ist, sondern eine Folge der beliebigen willkürlichen Anwendung der Rechtsvorschriften durch die Amtsträger.
Ein kurzes Wort zu Bayern. Wir sind der Meinung, daß Rechtsbrüche verhindert, abgestellt, und wenn sie

begangen worden sind, auch strafrechtlich verfolgt werden müssen. Dabei geht es nicht um die Frage,ob ein Haus zu Recht oder Unrecht leersteht. Wir haben in Bayern eine gute Wohnungsbaupolitik getrieben. Es gibt auch sicherlich hier den einen oder den anderen Fall von leerstehenden Häusern; bloß diejenigen, die hier mit gewalttätigen Methoden eindringen, das sind doch nicht diejenigen, die eine Sozialwohnung suchen. Hier handelt es sich doch um ganz andere Kreise. Das ist auch nicht die Jugend, die sich etwa hier aus Enttäuschung über unsere Gesellschaft an sich ein Ventil schafft oder sich abreagiert. Das ist doch ein Kern, der meistens aus Chaoten und Gewalttätern besteht, um den herum sich dann manche, auch Verführte, manche von schwärmerischen Ideen angesteckte, dann begeistern lassen.

R.: Nun gab es ja in der jüngsten Vergangenheit, Herr Ministerpräsident, noch ein anderes Ereignis, wo eindeutig gegen geltendes Recht verstoßen wurde, nämlich die Großdemonstration in Brokdorf. Würden Sie, was den Rechtsbruch angeht in diesem Fall ähnlich argumentieren?

FJS: Recht ist Recht, Gewalttat ist Gewalttat, Rechtsbruch ist Rechtsbruch. Man kann nur den Kopf schütteln, wenn man über Brokdorf gehört hat, daß es sich hier um eine friedliche Demonstration gehandelt habe. Erstens war die Demonstration verboten. Trotzdem sind 50 000 oder mehr Demonstranten aufmarschiert und haben damit den Wall abgegeben für 3000 gewalttätige Demonstranten. Und alle Überschriften "Friedlicher Verlauf in Brokdorf" sind glatter Informationsschwindel, sind ein glatter Betrug am Publikum. Wer die zerdroschenen Polizeihelme gesehen hat, wer die Bilder von den verletzten Polizeibeamten gesehen hat, wer die Waffen gesehen hat, die z.T. schon vorher eingeschleust worden waren: Molotowcoctails, Eisenstangen, Katapulte, sog. Zwillen zum Schleudern von Eisen- oder Stahlmuttern: Das hat nichts mehr mit Demonstration für oder gegen eine Sache zu tun. Ich habe noch die Gewalttätigkeiten am Ende der Weimarer Republik erlebt, und ich bin der Überzeugung, daß unser Staat noch stabiler ist als die Weimarer Demokratie, aber wenn bei uns einmal die wirtschaftlichen Verhältnisse so abgleiten würden und die soziale Verelendung so um sich greifen würde, wie es in den letzten Jahren der Weimarer Republik der Fall war, dann werden die letzten Dinge, Herr Reiter, schlimmer sein als die ersten Dinge, und ich muß auch sagen, daß der Umfang der Gewalttätigkeiten heute größer ist, als zu Ende der Weimarer Republik. Damals hats allerdings mehr Tote und Verletzte gegeben in den großen Saalschlachten und Straßenschlachten. Aber, es war doch ein relativ kleiner Kreis. Heute baut sich eine Organisation auf, die doch nichts anderes anstrebt, als soo viele Objekte gleichzeitig besetzen bzw. soo viele Demonstrationen gewalttätiger Art gleichzeitig vornehmen zu können, daß die Staatsgewalt mit ihren Mitteln dagegen überhaupt nicht mehr aufkommt.

R.: Jetzt vielleicht mal zur anderen Seite, Herr Ministerpräsident. Haben Sie nicht den Eindruck, daß man hier, also bei der Verteidigung der Rechtsordnung auch zuviel des Guten tun kann, daß man beispielsweise in Nürnberg vielleicht doch mit Kanonen auf Spatzen geschossen hat, also unverhältnismäßig hart vorgegangen ist?

FJS: Das ist nicht meine Angelegenheit zu entscheiden, und die bayerische Staatsregierung hat nach dem Vortrag der Minister Tandler und Hillermeier, der Polizei und der Justiz ihr Vertrauen bekundet und ihre Zustimmung ausgedrückt. Daß dann und wann bei der Justiz auch einmal Unschuldige festgenommen werden, das hat sich doch im Verlauf der Jahrhunderte immer wieder ereignet. Hier soll man aber nicht mit Krokodilstränen weinen und hier soll man nicht heucheln. Die bayerische Polizei hat z.B. am Morgen nach dem Oktoberfestattentat sechs oder acht Mitglieder der Wehrsportgruppe Hoffmann festgenommen. Der Generalbundesanwalt hat sie dann nach 48 Stunden wieder freigelassen, weil ihnen keinerlei Schuld nachgewiesen wer-

den konnte. Wer hat sich denn damals darüber aufgeregt, daß diese armen Mitglieder der Wehrsportgruppe Hoffmann von der brutalen bayerischen Polizei ohne jeden konkreten Verdachtsmoment festgenommen und dem Generalbundesanwalt überstellt worden sind? Ich verstehe Christus sehr wohl, wenn er sagt "Oh, Ihr Heuchler". (Hervorheb. v.d. DID-Red.)

R.: Ich würde gern noch einen Moment bei dieser Frage bleiben und ~~sie bißchen ins~~ Grundsätzliche wenden. Es ist sicher keine Frage, daß man mit der Duldung von Rechtsbruch die Rechtsordnung gefährden und den Rechtsstaat aushöhlen und ruinieren kann. Auf der anderen Seite: Ist es nicht auch gefährlich, wenn man solche Strömungen, und es handelt sich bei den Jugendlichen teilweise schon um eine recht breite Strömung, dann nur mit der ganzen Härte des Gesetzes unterdrückt? Besteht dabei nicht die Gefahr, zumindest daß man hier auch sehr viele gutwillige Leute sozusagen in die Konfrontation treibt, in die Opposition zu diesem Staat zwingt?

FJS: Niemand von uns hat einer Politik das Wort gesprochen oder spricht einer Politik das Wort, nur mit den Mitteln der Polizei und der Justiz gegen solche Erscheinungen vorzugehen. Allerdings verwahre ich mich dagegen, daß die Hausbesetzer mit der Jugend schlechterdings gleichgesetzt werden. Die Hausbesetzer sind ein ganz geringer Ausschnitt. Die überwältigende Mehrheit unserer Jugend besteht aus jungen Menschen, Buben und Mädchen, die ordentlich und anständig lernen, studieren, arbeiten, sich auf ihren Beruf vorbereiten. Andererseits darf ich mal die Gegenfrage stellen: Wenn der "Kleine Mann" amal eine kleine Missetat begeht, im Baurecht, im Steuerzahlen oder mit seinem Kraftfahrzeug, dann wird er von der ganzen Wucht der Maschinerie der modernen Bürokratie, des Staatsapparates, dann zur Ordnung gerufen und notfalls immer stärker bestraft. Was soll denn der normale Bürger - und das passiert Hunderttausenden von einem Staat denken, der Plünderern, Leuten, die des Mordversuches, der schweren Körperverletzung schuldig sind, wie in Brokdorf, Landfriedensbruch, Widerstand gegen die Staatsgewalt auf dem Buckel haben, die Sachschäden in Höhe vieler Millionen verursachen, Nachsicht übt, aber bei dem, der falsch parkt, bei dem, der in seinem Einfamilienhaus sein Fenster etwas größer macht als in der Bauzeichnung ausgewiesen, dann gleich mit der vollen Härte der staatlichen Apparatur gegen den Bürger vorzugehen beginnt.

R.: Vielleicht noch eine letzte Frage, Herr Ministerpräsident. Sie sagen natürlich zu Recht, daß es nur geringe Teile der Jugend sind, die sich an diesen Hausbesetzungen und Demonstrationen beteiligen. Auf der anderen Seite sieht man aber doch, daß gerade viele sensible oder idealistische Jugendliche sympathisieren mit dieser Szene, sich dieser Verweigerungs- und Protestwelle auf irgendeine Weise auch anschließen. Woran glauben Sie, daß das liegt, daß hier offenbar die Sozialisation einer ganzen Generation nicht richtig funktioniert hat?

FJS: In den letzten elf Jahren haben diejenigen regiert, die heute natürlich ein schlechtes Gewissen haben. Weshalb sie den Protest gegen die Folgen ihrer eigenen politischen Untaten oder Fehltaten dann natürlich zu rechtfertigen suchen. Hier ist auch ein Stück schlechtes Gewissen sowohl am Platze wie am Werke. Aber, wenn man hier anfängt, der Jugend, der angeblichen Jugend, auf breiter Front nachzugeben, statt sie über die Zusammenhänge des Lebens und auch über die Chancen aber auch Risiken bzw. Grenzen eines Rechtsstaates aufzuklären, dann wird man nicht erleben, daß wir eine humanere Gesellschaftsordnung bekommen, sondern dann werden wir zuerst das Chaos bekommen, nach dem Chaos die Anarchie und nach der Anarchie die Diktatur. Die Marcuses, die Adornos, die Habermasens, diese ganzen apokalyptischen Reiter der Kulturrevolution*, die haben ja doch ein erhebliches Maß an Schuld. Jugend ist ja immer leicht verführbar. Wenn ich mir vorstelle, was ich in meiner Klasse kurz nach Beginn des

Dritten Reiches auszuhalten hatte, weil ich einer der ganz wenigen war, die keiner braunen Organisation angehörten, wie sie alle voller Begeisterung und Jubel dann für den Führer schwärmten und gar nicht wußten, welch furchtbares Schicksal sie über sich und ihre Zukunft damit heraufbeschworen. Hier muß man auch mal Nein sagen und entgegentreten können, muß der Jugend auch einmal die Grenzen eines normalen Lebens, die Risiken der Zerstörung des Gemeinschaftsfriedens klar machen."

*Hervorhebung der DID-Redaktion

(Abschrift nach Tonband)

■

RECHTSFRONT: "DEUTSCHE NATIONAL - ZEITUNG UND CSU-STUDIENDIREKTOR

Nach der vorläufigen Dienstenthebung wegen rechtsradikaler Propaganda setzte sich die "Deutsche National-Zeitung" (27.3.81) für den Lehrer für Geschichte, Deutsch und Geographie an der städtischen Wirtschaftsschule Fürth und CSU-Stadtrat in Nürnberg, Hans Jürgen Witzsch in einem halbseitigen Artikel ein. Sie sprach ihren CSU-Gesinnungsfreund von allen Vorwürfen frei:
"...Tatsächlich hat sich Witzsch nichts, aber auch gar nichts zuschulden kommen lassen, was diese Maßnahme rechtfertigen würde. Die ihm vorgehaltenen Äußerungen erfüllen nicht den geringsten Straftatbestand, werden von der Freiheit der Forschung, Lehre und Meinung vollauf gedeckt."
Witzsch hatte in einem Flugblatt im rechtsradikalen Stil der "Deutschen National-Zeitung" millionenfachen Mord an jüdischen Menschen geleugnet. Ein Gericht stellte fest, jeder dürfe von ihm behaupten, er verspritze neonazistisches Gift an Schulen.

(aus: PDI - Blick nach rechts Nr. 8 15.4.81)

■

GRATULANTEN VON ZIESEL

Der ehemalige Kolumnist des "Völkischen Beobachters" und seinerzeitiges NSDAP-Mitglied Kurt Ziesel (Mitglieds-Nr. 685644) erfreute sich anläßlich seines 70. Geburtstages der Glückwünsche und Besuche führender Politiker. Sein "Deutschland-Magazin" berichtete selbstzufreden (Nr. 4/81) über dieses Reinwaschungsergebnis:
"Als zu seinem 70. Geburtstag neben vielen hundert Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens Bundespräsident Carstens, Bundestagspräsident Stücklen, Ministerpräsident Stoltenberg, Ministerprüsident Vogel gratulierten und Ministerpräsident Strauß die Festrede hielt, verschied endgültig die Propaganda-Legende von der Isolierung dieses kämpferischen Demokraten und Patrioten."
Von einer "Isolierung" konnte in der Tat keine Rede sein. Vielmehr wurde immer, auch in PDI-Publikationen, die unheilvolle Querverbindung herausgestellt, die zwischen Ziesels "Deutschland-Stiftung", zwischen Konservativen und extrem rechten Kräften besteht. Dementsprechend darf der Politologe Hans-Dieter Bamberg in seinem Buch über die "Deutschland-Stiftung" nach mehrjährigem Rechtsstreit weiterhin behaupten, diese gehöre zu den "demokratiefeindlichen Gruppierungen." Unter diesen Umständen muß es erstaunen, daß sich Karl Carstens als Bundespräsident, d.h. nicht als Repräsentant einer Partei, sondern des ganzen Volkes, in die Schar der Gratulanten einreihte.

(aus: PDI - Blick nach rechts Nr. 8 15.4.81)

■

KURT ZIESEL 70 JAHRE ALT

Ein konservativer Nonkonformist

BAYERNKURIER

Foto und Überschriften aus:Bayernkurier,28.2.81

Pochend auf das freie Wort ...

Der Neonazi Friedhelm Busse aus Neubiberg (Landkreis München) legt Wert auf die Feststellung, daß er entgegen den von AP zitierten Angaben des Wiener Innenministeriums nicht in Haft sitze, sondern lediglich zusammen mit seinem Fahrer am Grenzübergang Bregenz-Lindau nach Deutschland abgeschoben worden sei. Busse hatte trotz Einreiseverbots die Hauptversammlung der Landesgruppe Vorarlberg der Nationaldemokratischen Partei Österreichs besucht. (SZ)

So weit ist es gekommen: Der Neonazi Busse (VSBD = Vorsitzender der Volkssozialistischen Bewegung Deutschlands) legt wert auf eine Feststellung, und die 'liberale' SZ widerspricht daraufhin sofort der Associated Press und dem Wiener Innenministerium.

Ganz anders verfährt die "liberale" Süddeutsche wenn zum Beispiel Münchner Demokraten einmal Wert darauf legen, im Zusammenhang mit den Nürnberger Rechtsverletzungen etwas richtig zu stellen und dafür sogar bereit sind 10.000DM zu bezahlen:

Den Abdruck der untenstehenden Anzeige lehnte die SZ ab mit der Begründung, sie werde keine Aufrufe veröffentlichen, in denen zum Sturz von Ministern aufgerufen werde.

Die Anzeige wurde schließlich in der AZ veröffentlicht. Ähnliche Aufrufe wurden auch in Nürnberg (Nürnberger Nachrichten) und Regensburg (Die Woche) veröffentlicht.

In Augsburg dagegen von der Augsburger Allgemeinen abgelehnt.

AZ münchen ANZEIGE Freitag, 27. März 1981

Sofortiger Rücktritt der bayerischen Minister Tandler und Hillermeier!

Ohne Beispiel in der Geschichte der BRD ist die größte Massenverhaftung, die es in unserem Land seit der Niederschlagung der Hitlerdiktatur gegeben hat – beispiellos der Rechtsbruch durch die bayerischen Staatsorgane.

– Sämtliche Besucher des städtischen Nürnberger Kommunikationszentrums KOMM wurden am 6. 3. 1981 festgenommen.

– 141 wurden verhaftet und in verschiedene bayerische Gefängnisse verbracht. Sie hatten dem Versprechen geglaubt, es ginge lediglich um erkennungsdienstliche Behandlung.

– Den Gefangenen wurde faktisch Kontaktsperre auferlegt – sie durften in der ersten Zeit nicht einmal ihr Recht wahrnehmen, einen Anwalt zu benachrichtigen.

– Die Eltern der jugendlichen Gefangenen wußten zum Teil tagelang nichts über den Verbleib ihrer Kinder, obwohl nach dem Grundgesetz die sofortige Benachrichtigung der Angehörigen oder einer Vertrauensperson zwingend vorgeschrieben ist (d.h. die Staatsgewalt hat nicht das Recht, einen Bürger unbemerkt verschwinden zu lassen).

– Wie der Landtagsabgeordnete Rolf Langenberger bekanntgab, gibt es Hinweise, daß bereits am Morgen vor der Massenverhaftung Gefängniszellen in Erwartung von Verhaftungen in der „Hausbesetzerszene" geräumt wurden.

– Alle 141 hektografierten Haftbefehle wurden fünf Ermittlungsrichtern zur Unterschrift vorgelegt, von denen keiner für das Jugendstrafrecht zuständig ist. Entlastungszeugen wurden ungehört nach Hause geschickt.

– Grundgesetzwidrig wurde ein Ermittlungsrichter übergangen, der nach gesetzlich verbindlichem Dienstplan hätte eingesetzt werden müssen und nachweislich hätte eingesetzt werden können (das Grundgesetz verbietet es, die zuständigen Richter erst nach einer Straftat zu benennen). Sein Ersatzmann Günter Meyerhöfer, von Nürnberger Anwälten als „besonders streng" eingeschätzt, unterschrieb über 50 der 141 Haftbefehle.

Wir sind empört über das wortbrüchige und unmenschliche Vorgehen gegen 141 junge Menschen. Vor allem aber können wir es nicht hinnehmen, daß die drastische Verletzung der verfassungsmäßigen Rechte der Bürger und ....., ohne Konsequenzen bleiben sollen. Bayern darf nicht zum Präzedenzfall werden für die Kräfte, die der Jugend Gefängnisse statt Wohnungen bieten,.....!

Wenn es in einem Bundesland der deutschen Bundesrepublik möglich sein sollte, ungeahndet die bundesweit geltende Verfassung zu brechen und ....., dann bedeutet das Gefahr für die ganze Republik!

Es ist offenbar gängige Auffassung der verantwortlichen bayerischen Ministerien, daß sie geltendes Bundesrecht in den Wind schlagen können. Das im Januar 1980 vom Bundesinnenministerium erlassene Verbot der in Nürnberg bis dahin unbehelligt exerzierenden „Wehrsportgruppe Hoffmann" wurde von der bayerischen Regierung erst im Februar 1981 amtlich bekanntgegeben. Selbst die zwölf unschuldigen Opfer des Oktoberfest-Massakers haben die Zweifel der bayerischen Regierung an der rechtlichen Unanfechtbarkeit des Verbots nicht beseitigt.

Jetzt will der bayerische Innenminister Sonderrechte für die bayerische Polizei durchsetzen. Es könne Situationen geben, „in denen der Schußwaffengebrauch zur Diskussion stehen muß", erklärte Tandler und fordert ..... bayerische Polizisten mit lebensgefährlichen Gummigeschossen und konzentriertem Tränengas auszurüsten, wo auch immer sie in der ganzen Republik eingesetzt werden.

Wo soll das hinführen?

Der bayerische Ministerpräsident Strauß hat am 28. 2., wenige Tage vor dem Nürnberger Justizskandal, im Bayernkurier erklärt: „Die Glaubwürdigkeit der CSU als der Regierungspartei in Bayern hängt zum großen Teil davon ab, daß sie ihr eigenes Haus in Ordnung halten kann. Nur dann hat sie eine Legitimation, von anderen zu verlangen, daß diese ihr Haus in Ordnung halten sollen." Das ist die Richtung, in der das bayerische Innenministerium und das bayerische Justizministerium die Staatsorgane in Marsch gesetzt haben, das geltende Recht zu zertreten.

In Sorge nicht nur um Bayern, sondern um die Verhältnisse in der ganzen Republik fordern wir:

Sofortiger Rücktritt des bayerischen Innenministers Tandler!
Sofortiger Rücktritt des bayerischen Justizministers Hillermeier!

Diesen Aufruf haben unterzeichnet:

Anderle Hannelore, Betriebsrätin
Arnold Jürgen, Rechtsanwalt
Becker Knut, Betriebsratsvorsitzender
Behrmann Eva, Ensemblemitglied des Theaters in der Kreide (TIK)
Binder Brigitte, ÖTV-Vertrauensfrau
Blumenthal Johannes, Betriebsratsvorsitzender, stellv. UB-Vorsitzender der SPD Amperland
Box Holger, Bundesvorstandsmitglied des Verbands Deutscher Studentenschaften (VDS)
Brücher Michi
Bruna Tissy, Bundesvorstandsmitglied des VDS
Dienstbach Ulrike
Ebell Hens-Jörg, Arzt
Einsporn Petra-Maria
Emmer Uta, Modernes Theater
Ermold-Preßler Uli, Sprecher der Landesasstenkonferenz Bayern
Felke Anita, Ensemblemitglied des TIK
Fries Dagmar, Gewerkschafterin
Götze Lutz
Groß Jürgen L., Journalist
Gruber Ruth, Gewerkschafterin
Hackethal Joachim, Schriftsteller
Heidenreich Gert, Autor
Hildebrandt Dieter, Schauspieler
Hiob Hanne
Hirschauer Gerd, Redakteur
Höppner Joachim, Ensemblemitglied des TIK
Hornburger Hannelore, Gewerkschafterin
Jäckle Renate, Ärztin, Mitglied der Deutschen Journalistenunion
Janzen Renate, Ensemblemitglied des TIK
Kammrad Angela
Köckert Louis, 2. Vorsitzender der VVN/BdA Dachau
Krämer Wolf-Dieter, SPD-Mitglied
Kraft Eva, Betriebsrätin, ÖTV
Kühn August, Schriftsteller
Lattmann Dieter, Schriftsteller
Lehsten Christian und Monika
Lenz Rudi, Jugendgruppenvertreter der IG Druck und Papier
Mechtel Angelika, Schriftstellerin
Montag Jerzy, Rechtsanwalt
Morgott Angelika, DGB-Jugendsprecherin, Dachau
Müller Bärbel, Gewerkschafterin
Müller Lutz, Ensemblemitglied des TIK
Naturfreundejugend Deutschland, Bezirk München
Neuber Hans, SPD-Mitglied
Nindl Maria, Stadträtin
Ossenbeck Manfred, Bundesvorstandsmitglied des VDS
Parchwitz Dr. Rolf P., Ensemblemitglied des TIK
Pfeiffer Gerd, Pressefotograf
Pustet Sabine, Landesvorstandsmitglied der Jungen Presse Bayern
Riechert Michael, SPD-Mitglied
Roth Karin, Gewerkschafterin
Ruge Helmut
Scharrer Hannelore, Gewerkschafterin
Schmid Simone, SPD-Mitglied
Schmidt Gabriel
Schmidt Heinrich, für die Juso-AG Karlsfeld
Schmolcke Joachim, MdL
Seebauer Herbert, Gewerkschaftssekretär
Sowade Christian, Betriebsratsvorsitzender
SPD-Ortsverein Emmering
Strerath Ulrike, Bundesvorstandsmitglied des VDS
Uhl Reiner E., Stadtrat
Uhl Karin
Wedemeyer Georg v., Journalist
Weis Horst, stellvertretender SPD-Kreisvorsitzender

Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes: Ch. Lehsten, Preysingstr. 29, 8000 München 80
Spenden zur Finanzierung der Anzeige auf Konto: 6400 167256, Hypobank, Max-Weber-Platz (Ch. Lehsten), Kennwort: Rücktritt

Dem Naziterror Einhalt gebieten

Podiumsdiskussion der Humanistischen Union in München am 24.3.81, Thema: "Rechtsextreme Organisationen und Propaganda in der BRD - was läßt sich wirksam dagegen tun?"
180 Menschen sitzen in einem Saal des Deutschen Museums, als Referenten sind eingeladen: Alfred Haag, VVN/BdA - Christian Lehsten, ASK-München - Robinsohn, HU - Rechtsanwalt H.Wächtler und ein Redakteur der SZ.
Mitten unter den Zuhörern sitzen aber auch die, um deren Bekämpfung es an diesem Abend geht: Bruno Wetzel, Funktionär der DVU und enger Mitarbeiter G. Frey's, sowie Herr Neubauer, Redakteur der "Deutschen Nationalzeitung" und Hetzredner der DVU. Davor und umrahmt von seiner Schlägerbande Friedhelm Busse, Chef der sog. Volkssozialistischen Bewegung Deutschlands. Außerdem noch vier Jünglinge von der NPD und ein Herr von der CSU. Schon während der Referate unterbricht Busse die Referenten, brüllt provozierende Zwischenrufe. Er wird vom Veranstalter zur Ordnung gerufen, ohne Erfolg. Als einer der ersten Redner meldet sich Busse in der allgemeinen Diskussion zu Wort. Er wird ans Mikrophon gelassen - und dann gehts los: Beleidigung des Publikum als "Pöbel", widerlichste Hetze gegen Demokraten und Antifaschisten. Die Zuhörer und der Veranstalter fordern "Aufhören, Aufhören".

Busses Schläger stürmen nach vorne, Stühle fliegen, Antifaschisten werden geschlagen, einem VVN-ler wird ins Gesicht getreten. Einige beherzte Zuhörer greifen ein und können in fünf Minuten "tatkräftig" die Schlägerbande an die Luft setzen, die unter Geschrei von "Rotfront verrecke" und "Tot dem Marxismus" den Saal räumt. Die Nazi-Bande an die Luft zu setzen, ging eigentlich recht fix, schlimmer war, daß es überhaupt soweit kommen konnte. Die Diskussion sollte die Frage behandeln, ob man sich argumentativ mit denNeonazis auseinandersetzen solle, sozusagen politisch - ideologisch, oder ob man sie verbieten solle. Zwei Referenten, Wächtler und Robinsohn meinten, diesem Staat das Repressionsrecht

des Verbots in die Hand zu geben mit der Legitimation der Antifaschisten-würde sich nur gegen sie selber richten oder aber nichts nutzen. Der Angriff der Neonazis und deren Abwehr nahm ein Teil der Antwort und der Diskussion vorweg.

1. Die Faschisten haben keine Argumente, sie haben Demagogie, Vorurteile und Verdummung zu bieten, sonst nichts. Sie wollen auch gar nicht argumentieren, sondern auf Veranstaltungen provozierend ihre Stärke gegenüber den Demokraten beweisen. Wer also den Brandstifter gewähren läßt, noch dazu im eigenen Haus, braucht sich eigentlich nicht zu wundern, wenn das als Schwäche begriffen wird und man dann auch noch Schläge bekommt. Und viel schlimmer: Für Demokraten muß ein solcher Mangel an Entschlossenheit gegenüber den Faschisten ebenfalls als Schwäche erscheinen. Wenn wir Demokraten nicht einmal die Entschiedenheit haben, mit einem Häuflein Neonazis fertig zu werden, wie soll dann jemand, der heute noch abseits der demokratischen Bewegung steht, uns vertrauen, daß wir mit dem starken Mann des Kapitals endgültig fertig werden?

2. Die Hauptseite der Forderung nach Verbot der Faschisten ist die, daß wir, die Antifaschisten, selber und ganz praktisch das Verbot in die Hand nehmen. Die Faschisten haben die demokratischen Freiheiten verwirkt. Ein Rest dieses klaren antifaschistischen und demokratischen Grundkonsens von 1945 steckt in den verschiedenen Verbot- und Strafbestimmungen des Grundgesetzes, des Strafgesetzes usw. Das Potsdamer Abkommen mit all seinen Verbotsbestimmungen gegen die Nazis gilt nach wie vor. Wir brauchen also keine neuen Gesetze, was z.B. der nachstehende Aufruf auch gar nicht fordert, sondern wir müssen aus der Tatsache, daß bestehende Gesetze von den verantwortlichen Regierungen und Behörden nicht angewandt werden, die Konsequenz ziehen, hier selber aktiv zu werden. Die Antifaschisten müssen also das Verbot fordern und gleichzeitig ein solches Verbot absichern. Das erfordert eine Mobilisierung der Menschen, da muß man Kundgebungen und Demonstrationen organisieren, die Organisationen und Menschen müssen aufgeklärt werden und wir müssen sie auffordern, das Verbot der Faschisten zu fordern. Nur so gewinnt man die Menschen, die entschlossen genug sind, z.B. den Zugang zu einem Versammlungslokal der Neonazis zu versperren oder deren Veranstaltungsort einfach zu besetzen.

In einem Antrag an die Stadt München forderte das ASK München das Verbot einer Großveranstaltung der DVU, auf der die Neonazi-Führer G.Frey und E.Kern auftreten wollten. Münchner Antifaschisten wachten am geplanten Veranstaltungsort, daß das am Vorabend ausgesprochene Verbot auch eingehalten wurde. Die Neonazis mußten unverrichteter Dinge wieder nach Hause gehen.

Einschränkung der Freiheit der Faschisten ist untrennbar damit verbunden, daß sich der Freiheitsraum der Demokraten vergrößert. Wer auf das gesetzliche Verbot der Faschisten verzichtet, bekommt nicht nur den ungewollten Beifall von Rechts (wie z.B. auch bei derHU-Veranstaltung), sondern verzichtet auf eine Position im Kampf um die Demokratie, ohne daß er es muß.
Wer sich aber nur allein auf das legalistische Verbot stützt, macht damit seine eigene Forderung zu Makulatur. Wer nur diesen Weg sieht, der wird es wohl noch viele Male erleben müssen, daß z. B. 15.000 Gewerkschafter wie in Augsburg zwischen Friedhof und Gefängnis umgeleitet werden, daß diese Kraft nutzlos verpufft und die Nazis trotzdem ihre Versammlungen und Kongresse durchführen.
Wäre es nicht damals ein Leichtes gewesen, daß diese 15.000 Gewerkschafter mit dem Nazispuk aufgeräumt hätten?
Und ist es nicht verständlich, daß gerade in letzter Zeit mancher aufrechte Antifaschist sagt, was soll all die Demonstriererei, wenn wir nicht mehr tun? Wir werden es müssen und darum in den eigenen Reihen die Klarheit und Einheit herzustellen haben - einen anderen Weg wird es nicht geben. ■

Dem Naziterror Einhalt gebieten

Appell an Bundestag und Bundesregierung, an die Landtage und Landesregierungen

Die verbrecherischen Terroranschläge der Neonazis mehren sich. Es wächst die Flut der Naziliteratur und solcher Pamphlete, in denen der Nazi-Staat verharmlost wird. Es wächst die Zahl der neonazistischen Terrorgruppen. Die Morde von Hamburg und München sind nicht zufällige Untaten einzelner, sie wurden erst in einem bestimmten politischen Klima möglich. Diese verbrecherischen Handlungen sollen Krisensituationen schaffen oder ausweiten, in denen der Ruf nach dem „starken Mann" und dem „starken Staat" Erfolg verspricht. Das aber ist in Anbetracht der Erfahrungen aus den Jahren 1933 – 1945 für alle Demokraten unerträglich.

Unsere Verfassung und die Gesetze der Bundesrepublik verbieten jegliche neonazistische Aktivität und Propaganda. Wir begrüßen es, wenn immer mehr nationale Institutionen und Kräfte zum Handeln gegen die neonazistische Gefahr auffordern, – wie es z. B. in zahlreichen Gewerkschaftsbeschlüssen der letzten Zeit zum Ausdruck kommt. Wir begrüßen es, wenn auch internationale Institutionen wie die Parlamentarische Versammlung des Europarates in ihrer Entschließung 743 vom 1. Oktober 1980 „die Notwendigkeit der Bekämpfung des Wiederauflebens faschistischer Propaganda und ihrer rassistischen Aspekte" festhalten.

Wir fordern von Bundestag und Bundesregierung, von den Landtagen und Landesregierungen, daß sie alle in ihrer Zuständigkeit und in ihrem Verfassungsauftrag liegenden Möglichkeiten – einschließlich des Schließens von Gesetzeslücken – zur Bekämpfung des Neonazismus ergreifen. Wir werden jeden Schritt in dieser Richtung unterstützen. Die neonazistischen Banden dürfen keinen Platz im politischen Leben unseres Landes haben.

Wir fordern:
- **Volle Einhaltung und strikte Anwendung der bestehenden Gesetze, um jegliche Aktivität und Propaganda der Neonazigruppen zu unterbinden;**
- **Verbot und Auflösung aller neonazistischen Gruppen.**

Ingeborg Drewitz, Schriftstellerin; Bernt Engelmann, Schriftsteller; Prof. Dr. Walter Fabian, Hochschullehrer, Publizist; Kurt Georgi, Gewerkschaftsvorsitzender der IG Holz und Kunststoff; Christian Götz, Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstandes der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen; Alfred von Hofacker, Rechtsanwalt; Dr. Werner Holtfort, Bundesvorsitzender des Republikanischen Anwaltsvereins; Hans Jennes, Generalsekretär der VVN-Bund der Antifaschisten; Prof. Dr. Ulrich Klug; Prof. Dr. Walter Kreck; Prof. Dr. Reinhard Kühnl; Leonhard Mahlein, Gewerkschaftsvorsitzender IG Druck und Papier; Prof. Dr. Norman Paech, Bundesvorsitzender der Vereinigung Demokratischer Juristen; Dr. Joseph C. Rossaint, Präsident der VVN-Bund der Antifaschisten; Karlheinz Stommel, Betriebsratsvorsitzender bei Mannesmann, Duisburg; Prof. Gerd Weißkirchen, MdB; Heinz-Werner Wurstius, Bezirkssekretär IG Druck und Papier. (*)

Wir fordern alle verantwortungsbewußten Bürger unseres Landes, all jene, die sich unserer Verfassung, der Demokratie und dem Frieden verpflichtet fühlen, auf, durch ihre Unterschrift ihr Einverständnis mit obigen Forderungen zu erklären:

Name: Anschrift: Beruf und Funktion*:

Strauß fühlt sich durch seine Vergangenheit beleidigt

F. J. Strauß kann zufrieden sein: wieder einmal hat ihn ein Gericht unerschrocken vor Angriffen auf seine Ehre verteidigt! So jedenfalls läßt sich das Ergebnis des "Bremer Strauß-Plakat-Prozesses" zusammenfassen. Wir, die beiden Angeklagten, die im Sommer 1979 ein Plakat in Bremer Straßen geklebt hatten, das Strauß in einer Fotomontage als Schlachter mit einem Beil und Schürze darstellt und in dessen Hintergrund Demonstranten gewaltsam von der Polizei abgeführt werden, sind wegen Beleidigung verurteilt worden. Der Richter am Amtsgericht, Herr Rathke, sah es als erwiesen an, daß wir uns mit diesem Plakat der gemeinschaftlich begangenen Beleidigung schuldig gemacht haben und erkannte auf Geldstrafe in Höhe von DM 300.-, Veröffentlichung in den Bremer Tageszeitungen und Übernahme sämtlicher Prozeßkosten (Gerichtskosten, Kosten von Strauß als "Nebenkläger", eigene Anwaltskosten).

Erster Akt in diesem Verfahren war der Beschluß eines anderen Amtsgerichts-Richters im Mai 80, die Eröffnung des Prozesses abzulehnen. Die bayerische Staatskanzlei gab daraufhin eine empörte Presseerklärung ab und stellte fest, daß Strauß die "Menschenwürde" entzogen werde, wenn dieser Beschluß rechtskräftig werde. Auf die Beschwerde der Bremer Staatsanwaltschaft entschied dann das Landgericht Bremen, das Verfahren müsse doch eröffnet werden, allerdings "nur" wegen Beleidigung und nicht wegen "verfassungsfeindlicher Verleumdung von Verfassungsorganen", wie die Anklage zunächst gelautet hatte.

Am 6.Februar 81 begann die Hauptverhandlung mit einem Tauziehen um das Recht auf Öffentlichkeit, da die 80 bis 100 Zuhörer nur knapp zur Hälfte in den Saal gelassen wurden. Dann gaben wir als Angeklagte lange Erklärungen ab, in denen wir zu verdeutlichen suchten, daß wir mit dem Plakat Strauß weder beleidigt haben noch beleidigen wollten, sondern daß die darin enthaltene satirische und scharfe Warnung vor dem Politiker Strauß in seiner Nazivergangenheit, seinen rechtsradikalen Äußerungen seiner Unterstützung für ausländische Rechtsextremisten etc. begründet ist. Wir beanspruchten für uns das Recht, vor einem solchen Mann und seiner Po-

Diese Fotomontage entstand 1933

litik auch mit unseren ausgefallenen Mitteln besonders deshalb zu warnen, weil er mit seiner Kanzlerkandidatur als ernste Bedrohung für vorhandene demokratische Freiheiten in der BRD wie z.B. das Demonstrationsrecht, angesehen werden muß.

Die gesamte Beweisführung der Verteidigung, die die Berechtigung des Plakates anhand der politischen Anschauungen von Strauß, wie er sie selbst immer wieder in der Öffentlichkeit vertreten hat, anhand seines politischen Handelns und seiner politischen Vergangenheit untermauern sollte, hielt der Richter für "unerheblich" und wies sie radikal und vollständig ab. Dabei wurde er eifrig von der Staatsanwaltschaft unterstützt, die die Beweisführung der Verteidigung schon deshalb für ablehnenswert hielt, weil sie politisch argumentiere - hier gehe es aber nicht um ein politisches Verfahren, sondern um ein Beleidigungsverfahren.

Neben dem Urteil selbst ist seine Begründung noch eine besonders harte Zumutung für alle demokratischen Straußgegner. Wer heute Strauß oder anderen Altnazis ihre NS-Vergangenheit vorhält, gerät hiernach in die Gefahr, wegen Beleidigung verklagt zu werden! Trotz des niederschmetternden Urteils und der zynischen Urteilsbegründung ist der Prozeßverlauf von seiten der öffentlichen Beteiligung her erfreulich für uns gewesen.

Wir sind nun allerdings erst recht auf Solidarität angewiesen: Wir bitten daher nochmals um Spenden auf das untenstehende Konto. Über ein Berufungsverfahren ist noch nicht endgültig entschieden; wahrscheinlich zwingt uns aber das immense finanzielle Risiko, darauf zu verzichten.

Von unserer Prozeßdokumentation sind noch zahlreiche Exemplare vorhanden. Bitte bestellt, Sie kosten DM 3.-

Kontakt- und Bestelladresse: A. Neugebohrn, V.d. Steintor 102, 28 Bremen
Spendenkonto: H. Husenbeth, Sparkasse Bremen, Kto. Nr. 1164 2931 ■

Wer Auto fährt, muß zum Militär

Richter wies Kriegsdienstgegner ab

tz Bremen

Das ist unglaublich! Weil ein junger Mann nicht auf seinen Führerschein verzichten will, wird er nicht als Kriegsdienstverweigerer anerkannt. Das Bremer Verwaltungsgericht wies die entsprechende Klage eines 23jährigen Biologiestudenten zurück. Begründung: Er könne als Besitzer eines Führerscheins durchaus Gefahr laufen, einen Menschen zu töten.

Der Student hatte vor Gericht eingeräumt, für ihn würde das Leben seinen Sinn auch dann verlieren, wenn er unverschuldet in einen tödlichen Unfall verwickelt würde. Das sei aber doch etwas anderes, als mit der Waffe in der Hand Kriegsdienst zu leisten.

Dagegen der Richter: „Dann gäbe es für Sie nur eine Konsequenz: Nicht mehr Autofahren!"

Aus: tz v. 3.3.81 ■

Herausgegeben vom Anti-Strauß-Komitee, München 1979, 3.erweiterte und aktualisierte Auflage, 112 Seiten, kart., Preis: 4.80 DM. Bestellungen an Heinz Jacobi, M Greif-Straße 3, 8000 München 2.

Im Kübelwagen unterwegs durch Deutschland: Die Gespenster von gestern, aufgenommen in Kassel wo vorgestern der „Anachronistische Zug" Station machte. (Fotos: Baron)

B E K A N N T M A C H U N G

"Brecht statt Strauß" - Eine Reise durch die Republik 1980
oder
Eine Reise durch die bundesrepublikanischen Gerichtssäle 1981

Jener Zug nach dem Gedicht von Bertolt Brecht "Der anachronistische Zug oder Freiheit und Democracy" (1945), aufgeführt auf den Straßen und Plätzen der Republik vom 19.September bis 5.Oktober 1980, beginnt seine Reise durch die Justiz am 22.April um 8.30 vor dem Amtsgericht München mit einem Verfahren gegen die Anmelderin des Zuges und presserechtlich Verantwortliche der Flugschriften des Sekretariats "Brecht statt Strauß", Angela Kammrad.
In der Anklage heißt es: " Als presserechtlich Verantwortliche der Anfang September 1980 erschienenen Schrift 'Wenn die Verflachung der Politik beginnt, dann... ließen Sie es in Kenntnis des Inhalts der Schrift zu, daß diese ... verteilt wurde. Auf der Seite 6 der Schrift ist eine Karikatur abgebildet, die den Herrn Bayerischen Ministerpräsidenten Dr.hc.Franz Josef Strauß inmitten einer Schar von Nazi-Größen zeigt, wie er die Hand zum Gruß erhebt."
Wegen dieser "diffamierenden Darstellung" habe sich Angela Kammrad "eines Vergehens der Beleidigung" schuldig gemacht. Der Strafbefehl lautet über 50 Tagessätze á 25 DM, zusammen also 1250 DM.

Zweite Station macht der Zug am 27.April 1981 vor dem Strafrichter in München, wo der 35-jährige Arzt Dr.H.-J.Ebell sich dafür verantworten soll, daß er eines der in zahlreichen Tageszeitungen erschienenen Fotos über den"Plagenwagen", dessen Hauptfigur ein Mann mit den Gesichtszügen von F.J. Strauß gewesen ist, auf einem Flugblatt in München veröffentlichte. Die Bildunterschrift lautete: "Der berühmt-berüchtigte Plagenwagen; inzwischen hat Strauß sein Gesicht verloren und die Nazi-Größen sind überdeckt."

Angelpunkt der juristischen Angriffe auf die Aktion "Brecht statt Strauß" hier in Bayern ist eindeutig die Darstellung der Person und Politik des damaligen Kanzlerkandidaten Strauß, wobei die Warnung durch den Zug vor seiner Person und Politik manchem erst nach dem 6.März in Nürnberg wieder deutlich geworden sein mag. Man kann auch in dieser Hinsicht die Brisanz der kommenden Gerichtsverfahren prüfen. In jedem Fall sei hiermit jeder eingeladen zu einem neuen Lehrstück in Sachen "Freiheit und Democracy".

Jeder, der sich wie wir wünscht, daß die Aktion "Brecht statt Strauß" auch diese späte Reiseetappe erfolgreich übersteht, kann uns natürlich nach wie vor durch seine finanzielle Unterstüzung sehr helfen.

München, den 14.April 1981

Mit herzlichen Grüßen

Angela Kammrad

Innere Bedrohung

Niedersachsens Innenminister Möcklinghoff wünscht sich jetzt Luftabwehrwaffen und panzerbrechende Waffen für seine Polizei. Sie brauche dies, sagt er, gegen „Terroristen". So nennt man allerdings bei seinem Kollegen in Bayern schon einfache Hausbesetzer. Möcklinghoff war 1979 mit dem Vorhaben gescheitert, seine Polizei mit Maschinengewehren und Handgranaten auszurüsten. Zur Begründung hatte er sich von seinem Ministerium merkwürdige „fiktive Situationsberichte" ausarbeiten lassen, mit denen er beweisen wollte, daß „polizeiliche Lagen denkbar" seien, die ohne den Einsatz dieser Militärausrüstungen nicht bewältigt werden könnten.

aus metall v.8.4.81 ■

"Deutsche Nationalzeitung" verteidigt Kriminaldirektor Lohmüller.

Die "DNZ" vom 3.4.81 verteigt den Recklinghauser Chef der Kriminalpolizei, der nach einer bundesweiten Großrazzia gegen Neoanzis und faschistisches Propagandamaterial vorläufig seines Amtes enthoben wurde."Die vorläufige Amtsenhebnung sei um so skandalöser,als Lohmüller seit über 4o Jahren tadellosen Polizeidienst verrichtet" empört sich die "DNZ".Das Verfahren gegen Lohmüller wurde inzwischen eingestellt,weil nicht auszuschließen sei, daß Lohmüller die Nazischriften"aus beruflichen Gründen"beziehen wollte. Bei seinem Sohn ist es ausgeschlossen,daß er aus 'beruflichen Gründen'an der Dönitz-Begräbnisfeier in Uniform teilnahm. ■

Schlagende Verbindungen!

Der Präsident der Bayerischen Arbeitgeber, Senator Ernst Wrede, attackierte den DGB. Wrede meinte, dem DGB vorwerfen zu müssen, das neue Grundsatzprogramm liefe auf "Systemveränderung" hinaus und sprach vom DGB in diesem Zusammenhang als "politischem Kampfverband". Wrede ist sog."Alter Herr"der Studentenverbindung "Danubia", ebenso wie der CSU-Stadtrat Delonge aus München. Die "Danubia" heuerte sich die NPD-Kerscher-Bande aus Regensburg als Kampfverband an, die 12 Studenten in der Münchner Uni-Mensa krankenhausreif schlug. Die "Danubia" finanziert sich v.a. aus den Spenden ihrer "Alten Herren"

(nach SZ vom 11.2.81) ■

Neonazis in der "Jungen Union"

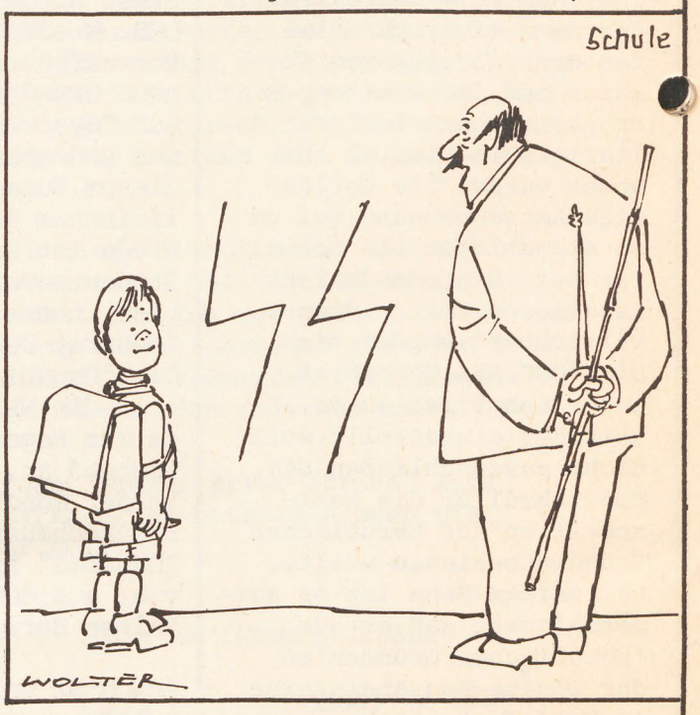
Nach wie vor läuft der Wehrsportgruppenführer K.H.Hoffmann ungeschoren herum und macht jetzt ohne Kampfanzug im ganzen Bundesgebiet mit zahlreichen Kampftruppen seine Übungen.
An diesen Übungen nehmen auch Mitglieder der CDU-Jugendorganisation"Junge Union"teil.Gegen die "Junge Union"in Offenbach laufen Ermittlungen wegen neo - faschistischer Umtriebe. Die JUler grüßten sich mit "Heil Hitler",machten antisemitische Äußerungen und liefen mit Kampfanzug und Koppelschloß bei politischen Veranstaltungen in der Öffentlichkeit herum.Die JUler sitzen auch als Mandatsträger in den örtlichen CDU - Gremien.JUler nahmen am "Deutschlandtreffen" der NPD teil und diskutierten Überfälle auf Büros von Sozialdemokraten und Kommunisten.
(nach Frankf.Rundschau vom 24.2.81) ■

Der Wapperl-Krieg geht weiter

- Völlige Freiheit der Lehre,
  mit einer Einschränkung -
  Keine Freiheit für solche, welche den Krieg verherrlichen, oder als unvermeidbar hinstellen, und für solche, welche den Völkerhaß fördern
- Völlige Freiheit, unser Leben zu verbessern
  Völlige Freiheit, sich gegen Unfreiheit zu wehren
  Völlige Freiheit, für den Frieden zu arbeiten
- Völlige Freiheit des Rechts, sich in Verbände zusammenzuschließen
  mit einer Einschränkung -
  Keine Freiheit denjenigen, die dieses Recht den Arbeitern, den Demokraten verweigern
- Völlige Freiheit des Wortes, der Meinung,
  mit einer Einschränkung -
  Keine Freiheit des Wortes den Faschisten und der Reaktion.

Als Bert Brecht Anfang der fünfziger Jahre dies in einem Aufruf an die Künstler forderte, wer hätte sich damals vorstellen können, daß eine dieser Freiheiten jahrzehnte später nicht einmal mehr auf einem Plastikknopf von 3 cm Durchmesser Platz haben sollte, den Christine Schanderl trug. Oder doch?
In der ersten Gerichtssache bekam Christine Schanderl recht, darin, daß sie eine Meinung haben dürfe, auch gegen Strauß. Die Schultüre aber blieb ihr verschlossen. Die Allgemeine Schulordnung machte ihr Grundrecht wirkungslos. Jetzt muß Christine Schanderl vor dem Bayerischen Verfassungsgericht gegen die Allgemeine Schulordnung klagen, unterstützt von ihrer Anwältin und 33 SPD und 7 FDP- Abgeordneten des Landtages.
Recht haben und recht bekommen sind in diesem Lande immer noch zwei Paar Stiefel.

Und selbst das soll noch anders werden: die CSU hält einen Entwurf bereit, der nicht nur per Schulordnung, sondern als Gesetz Schülern und Lehrern die freie Meinung verbieten soll. Recht wird per Gesetz zu Unrecht deklariert, ein für allemal. So einfach ist das. Dementsprechend hatte in der laufenden Verfassungsgerichtssache die CSU-Richterlichkeit auch keine Skrupel den Kampf der Ch. Schanderl gegen die Allgemeine Schulordnung mit den spitzfindigsten Argumenten zu sabotieren.
Nach Auffassung der Gegenseite könne das Recht auf freie Meinung an den Schulen nicht praktiziert werden, weil alles an den Schulen "nur theoretisch" gelehrt werden dürfe, siehe z.B. den Sexualkundeunterricht. Man darf getrost annehmen, daß die sauberen Herren im Gericht - indem sie Demokratie mit Sexualität vergleichen - der Öffentlichkeit eigentlich genügend bewiesen haben,



„Ach so, ich dachte schon, es soll 'Stoppt Strauß' heißen!"

daß sie von keinem eine Ahnung haben. Was deutscher Rechtssinn aber wirklich vermag, wurde deutlich, als das Verhalten von Christine Schanderl auch noch mit dem von Kaufhausdieben verglichen wurde. Sie, wie jeder Kaufhausdieb, werde erst im Wiederholungsfalle belangt. Aber belangt - eben. Und dafür reichte der Vergleich auch aus. Erst nach wiederholter Tat habe man sie von der Schule verwiesen. Und dies mußte dann schließlich auch noch als Beweis dafür herhalten, wie sorgfältig man an bayerischen Schulen die "Erziehung zur Toleranz" handhabt. Noch immer nicht darf Christine Schanderl ihre alte Schule betreten. Die Verhandlung wurde vertagt. Falls sie an ihre Schule zurückkehren kann, bleibt immer noch die CSU und ihr Gesetzentwurf, bleibt immer noch der Auftrag Bert Brechts: "Völlige Freiheit des Wortes, der Meinung, mit einer Einschränkung - keine Freiheit des Wortes den Faschisten und der Reaktion".

Werden die Demokraten eine "Lex Schanderl" verhindern? ■

Stoppt die DVU-Faschisten!

PRESSEERKLÄRUNG

Vor nun fast 4 Jahren, 1977, sollte hier in München ein sog. Auschwitz-Kongreß stattfinden, auf dem endlich bewiesen werden sollte, was bereits durch die "Nationalzeitung" in einer wöchentlichen Auflage von 100.000 ungehindert verbreitet werden konnte: In Auschwitz wurden nie Menschen vergast.
Dafür warb in ganz München offiziell auf Anschlagtafeln der Deutschen Städtereklame, die Deutsche Volksunion (DVU), Vorsitzender Dr. Gergard Frey.
Als diese Veranstaltung drei Tage vor Beginn immer noch nicht verboten war, beklebten wir drei dieser Naziplakate mit einem Streifen "Stoppt die DVU-Faschisten". Wir haben so mit dazu beigetragen, das Verbot durch die Stadt München in letzter Minute zu erreichen. Für diese Tat verlangte der Münchner Staatsanwalt Nikolaus Görlach eine Bestrafung wegen Sachbeschädigung von Naziplakaten in Höhe von DM 2.400. Über vier Jahre, über fünf Instanzen versuchte er die Freiheit von Naziparolen im "öffentlichen Interesse" durchzusetzen, gegen das Recht aller friedliebenden Menschen, die Freiheit der Rechtfertigung von Naziverbrechen niemals zuzulassen.

Der Protest gegen dieses Verfahren, die Solidarität der Menschen und Organisationen aus dem ganzen Land haben es endlich erreicht: das Bayerische Oberste Landgericht bestätigte in fünfter Instanz die Einstellung des Verfahrens. Die formaljuristische Begründung: Die DVU war von vornherein nicht klageberechtigt, da sie nach Überlassen der Plakate an die Städtereklame nicht mehr Eigentümerin war.
Unser Dank gilt allen, die uns über die lange Zeit so tatkräftig unterstützt haben und die diesen Sieg erst möglich machten, insbesondere auch unserem Anwalt, Hartmut Wächtler.
Wir freuen uns deshalb ganz besonders, daß wir die erhaltenen Solidaritätsspenden über DM 3.200 der Lagergemeinschaft des KZ Dachau übergeben können. Unsere Auslagen muß die Staatskasse bezahlen.

Monika u. Christian Lehsten ■

◆◆◆◆

An alle DID-Bezieher: !

Bitte bei Wohnungswechsel neue Adresse angeben!

Den Frieden verteidigt: 'Unehrenhaft entlassen'

Presseerklärung

Am 28.2.1981 wurde ich, Norbert Marckart, von Beruf Betriebsschlosser und seit dem 1.4.1980 Soldat, vorzeitig aus der Bundeswehr entlassen. Weiterhin wurde mir mitgeteilt, daß ein Zivilgerichtsverfahren gegen mich angestrengt wird.
Was habe ich getan, daß ich als Wehrpflichtiger für die Bundeswehr nicht mehr tragbar und gefährlich geworden bin?

- Ich habe mir das Recht genommen, öffentlich und in Uniform gegen das Aufleben des preußischen Militarismus meine Meinung kundzutun - bei der Demonstration der Jungsozialisten gegen die öffentlichen Rekrutengelöbnisse am 8.11.1980 in Bonn. 21 Tage Disziplinararrest wurden deswegen gegen mich verhängt.
- Ich habe aus Protest gegen die öffentlichen Rekrutengelöbnisse im ganzen Land mein Gelöbnis zurückgezogen, meine Gefreitengradabzeichen abgelegt und sie trotz wiederholtem Befehl nicht wieder angelegt. Für diese Befehlsverweigerung, zwei Tage Fehlen (im Zusammenhang mit den öffentlichen Gelöbnissen) und ein Mal Zuspätkommen bekam ich 10 Tage Disziplinararrest.
- Ich habe mich der befohlenen Schikane widersetzt, die Reservistenschnur abzunehmen, die in fast allen Kasernen von denen getragen wird, die sich freuen, ihren Wehrdienst bald beendet zu haben. Dies bestrafte die Bundeswehr mit 7 Tagen Disziplinararrest, da ich mich "*gegen den Befehl aufgelehnt* (habe) *und durch provozierende Äußerungen (z.B. 'Ihr würdet Euch noch die Schuhe rot oder gelb streichen, wenn Euch das befohlen würde') gegenüber den anwesenden Soldaten versucht, die militärische Ordnung und Disziplin zu untergraben.*"

Nachdem ich viele Soldatenschreiben, Blumensträuße etc. in der Arrestzelle erhalten habe, wurde ich nun 115 Tage vor der Zeit entlassen, noch bevor ich die Arreststrafe vollständig abgesessen habe. Zum Abschied hieß es: wir sehen uns vor dem Amtsgericht wieder.
Das Hitlerregime erklärte all diejenigen, die gegen die Kriegsvorbereitungen

Montage: Böseke / Schaffernicht

des Faschismus antraten, für "wehrunwürdig".
Die US-Armee entließ Soldaten "unehrenhaft", die dem verbrecherischen Vietnamkrieg entgegentraten.
Welche Verbrechen plant die Bundeswehr, daß sie meine Haltung als Verbrechen verfolgen muß und mich unehrenhaft entläßt?
Die Ehre der Bundeswehr ist nicht meine Ehre.
Wo heutige Offiziere der Bundeswehr sich ihrer heldenhaften Taten als Nazigeneräle rühmen, in Uniform auf Treffen der ehemaligen Waffen-SS, auf CSU-Parteitagen und beim Dönitzbegräbnis repräsentieren, ist es Pflicht und Ehre für mich als Arbeiter in Uniform zu zeigen, daß wir Arbeiter für den Frieden aktiv eintreten und uns einem Kadavergehorsam widersetzen.

- In einer Weltlage, die der Kanzler dieser Republik unlängst mit der vor 1914 verglich,
- in einem Land, in dem Atomwaffen dichter als in jedem anderen Land lagern, bestärkt mich diese Entlassung nur noch mehr in der Notwendigkeit meines Tuns-

In dem von mir mitunterzeichneten Soldatenaufruf FÜR DEN FRIEDEN - ERKLÄRUNG GEGEN DEN KRIEG heißt es: *"Tapfer ist nicht derjenige, der sich blindlings in den Krieg treiben läßt, sondern derjenige, der sich einer gefährlichen Entwicklung entgegenstemmt."*

Mainz, 8.3.1981
Norbert Marckart

Nach der vorzeitigen Entlassung ist Norbert jetzt wieder in seinem alten Betrieb als Betriebsschlosser tätig. Die Bundeswehrspitze versucht jetzt, ihn als Verbrecher abzustempeln und ihn hinter Gitter zu bringen, damit er den Friedenskampf in Betrieb und Gewerkschaft nicht fortführen kann: Wegen"Verdachts der Teilnahme an politischen Veranstaltungen in Uniform, politischer Betätigung und Gehorsamsverweigerung" wurde gegen ihn ein Zivilverfahren nach Wehrstrafgesetz eingeleitet! Militaristen und Nazis dürfen marschieren, aber der Kampf für den Frieden soll mit Gefängnis bestraft werden!

Antimilitaristen,unterstützt seinen Kampf!
Schreibt ihm Solidaritätsbriefe:

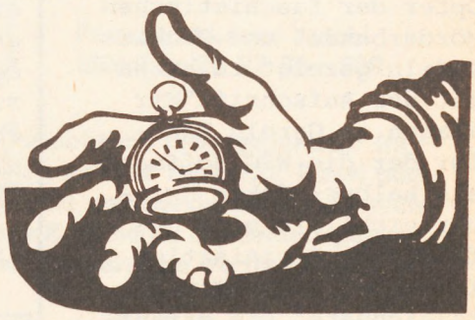
Norbert Marckart
Lindengasse 6
6500 Mainz

Vor allem aber spendet, da jetzt Rechtsanwalts- und Gerichtskosten ins Haus stehen. Auch die finanzielle Ausblutung ist eine Methode, unsere gerechte Sache zu schwächen.

Spenden bitte auf mein Konto Nr. 1000 271 187
Carl Christian Ebell
Mainzer Sparkasse (BLZ 55 050 120)
Stichwort: Solidarität Norbert Marckart

Nähere Informationen enthält die Dokumentation "Nein zum Militarismus", erhältlich bei Erika Thies, Am Lemmchen 35
6500 Mainz (1,50 DM) ■

Wichtige Termine



3. Mai: Befreiungsfeier im ehemaligen KZ Dachau

8. Mai: Übergabe der Unterschriftensammlung der Initiative "Dem Naziterror Einhalt gebieten" an die Bundesregierung

8.Mai: 36.Jahrestag der Befreiung vom Faschismus

16.Mai: Friedensdemonstration

ASK-München:
Öffentliche Sitzung jeden Montag um 20 Uhr
Gaststätte "Stadt Salzburg"
Ecke Stein-, Milch-, Sedanstraße
Nähe S-Bahnhof Rosenheimerplatz

ASK-Regensburg:
Öffentliche Sitzung jeden Mittwoch um 19 Uhr
Gaststätte "Gravenreuther" Nähe Haidplatz

Bestrafte Trauer

Nicht etwa gegen die Verantwortlichen und Hintermänner des Wiesenattentats vom September 8c sind mittlerweile Strafbefehle ergangen,sondern gegen zwei Antifaschisten, die anläßlich des offiziellen Trauerakts am 3o.9.8o für die Opfer des Anschlages die Handschrift der Mörder aufzeigten und vor ihrer weiteren Verharmlosung warnten.
Der Arzt Roderich Lämmerhirt und der Lehrer Gerhard Kupfer erhielten je einen Strafbefehl über 6oo,-DM,weil sie sich als angebliche Mitveranstalter einer öffentlichen Versammlung unter freiem Himmel ohne Anmeldung eines Vergehens nach § 26, Abs.1/Ziff.2Versammlgs.-Gesetz schuldig gemacht haben sollen.Ihr Vergehen bestünde darin,auf dem Marienplatz ein Transparent entrollt zu haben mit der Aufschrift "Wir trauern um die Opfer der faschistischen Mörderbande" und Plakattafeln gezeigt zu haben mit der Aufschrift"Wir klagen an Gerold Tandler,der die WSG Hoffmann als halbverrückte Spinner-nicht als eine gefährliche Organisation im eigentlichen Sinne bezeichnete".Die daraufhin am Marienplatz entstehenden Diskussionsgruppen seinen gewollt gewesen und bildeten somit eine unangemeldete und strafbare Versammlung.

(aus d.Presseerklärung von Lämmerhirt und Kupfer v.26.2.81) ■

nicht vergessen:
DID-Abo. bezahlen!
Förder-Abo. bestellen!

4 Antifaschisten in Nürnberg verurteilt.

Weil sie gegen die NPD demonstrierten und sich dabei gegen Attacken von den Neonazis wehrten, wurden die 4 Nürnberger zu Bewährungsstrafen bis 13 Wochen sowie Geldbußen von DM 500. bis 2500:- verurteilt. Noch ehe der Richter das Urteil begründen konnte, erhoben sich 18 Zuhörer, auf deren Pullis Buchstaben standen, die den Satz ergaben: "Wir sind auch gemeint"

(Nach AZ vom 9.4.81) ■

UNTERNEHMER-PERSPEKTIVEN:.

"DIE WIRTSCHAFT HAT VOR SCHMIDT RESPEKT, ZU STRAUSS VERTRAUEN".

(Bankier Freiherr Bethmann in: Weltwirtschaftswoche vom 9.7.79)

lesetips

P.Dudek/H.G.Jaschke,
Die Deutsche Nationalzeitung
Inhalt,Geschichte,Aktionen

PDI-Taschenb.8 9,6oDM

Generalmobilmachung gegen Gert Bastian
Eine Dokumentation
Vorwort v.Walter Jens

PDI-Sonderheft 14 4,2oDM

Ernst Ottwald,
Denn sie wissen,was sie tun
Ein deutscher Justiz-Roman

Verlag K.Guhl 12,8oDM

Hermann Vinke,
Mit zweierlei Maß
Die deutsche Reaktion auf den Terror von rechts
Eine Dokumentation

roro-aktuell Nr.4822 6,8oDM

Dokumentation:
Abdruck einer Ausstellung des Anti-Strauß-Komitee über die Hintergründe und Hintermänner des Wiesenattentats und Chronologie der Ereignisse in Nürnberg nach der Verhaftung der 141 Jugendlichen
Mit zahlreichen Bildern und Dokumenten

Hrsg.ASK 2,5oDM

Ausstellung des Anti-Strauß-Komitee über die Hintergründe und Hintermänner des Wiesenattentats von München

21 Tafeln im Format A 2 schwarz/weiß 5o,-DM ■

Kanzler wendet sich gegen Pazifismus

Schmidt lehnt Standpunkt „Lieber rot als tot" entschieden ab

Von unserem Korrespondenten Eghard Mörbitz

BONN, 30. März. Mit außerordentlicher Entschiedenheit hat sich Bundeskanzler Helmut Schmidt gegen pazifistische und neutralistische Tendenzen — auch im evangelischen Raum — ausgesprochen und betont, daß es für einen verantwortlichen Politiker verboten sei, sich auf den Standpunkt „Lieber rot als tot" zu stellen.

In einem ausführlichen Interview mit dem „Evangelischen Kommentar", in dem die Probleme der Friedenspolitik, der Führung und der Kriegsangst behandelt wurden, wandte sich der Kanzler auch gegen das derzeitige Ausmaß kirchlicher Einwirkung auf politische und staatliche Entscheidungen und sagte: „Die Kirchen mischen sich zum Teil mit ihrer Amts- und Lehrautorität ein — ich glaube, daß dies auf die Dauer nicht so sein darf".

Zu der im evangelischen Bereich bestehenden Neigung, den Satz „Lieber rot als tot" zu akzeptieren, meinte Schmidt, natürlich sei es legitim, „das eigene Leben höher zu setzen als die Freiheit". Er fügte aber hinzu: „Für den, der Verantwortung für andere trägt, erscheint es mir absolut verboten, das eine über das andere setzen zu wollen." Wer seinen Amtseid auf das Grundgesetz und die dort enthaltenen Werte abgelegt habe, der habe vornehmlich die Pflicht, „diesen Staat und seine sechzig Millionen Bürger vor einer Lage zu bewahren, in der man nur noch zu wählen hätte zwischen rot oder tot, will heißen: zwischen Unterwerfung oder Verteidigung". Die jungen Menschen und erwachsenen Theologen, die diese Entscheidung vorwegnehmen wollten, handelten verantwortungslos, weil sie die Folgen einer zur Maxime erhobenen Gesinnung später nicht verantworten müßten.

Ebenso entschieden wandte sich der Kanzler gegen Überlegungen, die Bundesrepublik könne aus dem System des militärischen Gleichgewichts aussteigen und ihre Sicherheit durch einseitige Vorleistungen im Bereich der Abrüstung oder durch Waffenlosigkeit verbessern. Dies sei „naive Gesinnungsethik, die auf den Gebrauch der Vernunft und der Erfahrung verzichtet". Der Irrtum derer, die Waffenlosigkeit predigten, liege darin, daß sie „die Lauterkeit ihrer Motive bereits für den Erfolg halten". Wenn alle anderen zu Stalins Zeiten so gehandelt hätten, würden sowjetische Divisionen nicht bloß an der Elbe, sondern am Rhein, an der Nordsee oder auf Kreta stehen".

Dieser Artikel vom 31.3.81 aus der Frankfurter Rundschau veranlaßte sechs SPD-Mitglieder, an Bundeskanzler Schmidt einen offenen Brief zu schreiben, den wir auf der Rückseite dieses DID abgedruckt haben

Bestellschein

Hiermit bestelle ich ab .....

0 ein Jahresabonnement DM12,-
0 ein Förderabonnement (DM 20,-)

des DEMOKRATISCHEN INFORMATIONSDIENSTES

Name: .....

Vorname: .....

Straße: .....

Ort: .....

Bitte senden an:
Heinz Jacobi
Martin Greif-Straße 3, 8 Mü. 2

DEMOKRATISCHER INFORMATIONS DIENST
Herausgegeben vom Anti-Strauß-Komitee

Postscheckkonto Jacobi
München 28 82 65 - 809

Das Anti-Strauß-Komitee ist parteipolitisch nicht gebunden: Im ASK arbeiten Strauß-Gegner gleich welcher Herkunft, Partei oder Weltanschauung zusammen gegen die wachsende Gefahr der rechten und ultrarechten Kräfte. Strauß ist heute der Sammelpunkt für diese Kräfte; dahinter stehen einflußreiche Vertreter von Banken und Großindustrie.
Das Anti-Strauß-Komitee setzt sich ein für die Erhaltung der in der Verfassung garantierten demokratischen Grundrechte.
Das Anti-Strauß-Komitee will einen Beitrag dazu leisten, den Gedanken der Einheit aller demokratischen Menschen zu fördern.

Verantwortlich im Sinne des Presserechts:
Heinz Jacobi, Martin-Greif-Straße 3 8000 München 2
München, Regensburg: Eigendruck im Selbstverlag

OFFENER BRIEF:

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler!

Heutzutage fällt es ohnehin schwer, Ihre Politik als eine sozialdemokratische darzustellen. Der Bericht in der "Frankfurter Rundschau" vom 31.3.1981 über Ihr Interview mit den "Evangelischen Kommentaren" macht uns diese Aufgabe gewiß nicht leichter, zumal wir inzwischen reichlich orientierungslos gegenüber dem sind, was wir vertreten können, und dem, was wir vertreten dürfen.
Apels Pazifismus-Schelte vor einigen Wochen sowie Ihre nun publizierte Warnung vor pazifistischen Bestrebungen sind für uns-Anlaß, nach den Traditionen sozialdemokratischer Politik zu fragen. Öffentliche Gelöbnisse als Zurschaustellung militärischen Säbelrasselns und Apels neue Bundeswehrorden sind für uns genausowenig vertretbar wie Hochrüstung und Waffenexport.
Erinnernd an den unvergeßlichen August Bebel, der am Vorabend des Ersten Weltkrieges sagte:"Diesem System keinen Mann und keinen Groschen", glauben wir, daß die Tendenz der gesellschaftspolitischen Stimmung nicht unbedingt dem Kriegstrommeln von 1914 widerspricht, wenn auch mit anderen Worten. Genauso wie damals sitzen heute die Söhne und Enkel der Kriegsgewinnler wie Krupp, Thyssen und Abs in den Zentralen der Groß- und Rüstungskonzerne.
Karl Liebknecht mit seiner Stimme gegen die Kriegskredite, der Kampf gegen das Ermächtigungsgesetz sowie die Sozialdemokraten, die in den fünfziger Jahren gegen die Wiederaufrüstung Stellung bezogen- diese Tatsachen gehören auch zu den besten sozialdemokratischen Traditionen.
Wer aktiv für den Frieden eintritt und dabei auch unbequeme Gedanken und regierungsamtlich zuwiderlautende Meinungen äußert, darf nicht mit dem Begriff der Verantwortungslosigkeit bedacht werden. Der Kampf für den Frieden begann noch nie zu früh, aber jedesmal zu spät.
Mehr als Verwunderung unter uns besteht darüber, daß Sie in geschichtsbeugender Weise der Sowjetunion zu"Stalins Zeiten" aggressive Eroberungsabsicht unterstellen und mit diesem Argument den bis an die Zähne bewaffneten Hitlerfaschismus verharmlosen. Mit solchen "Beweisen" sollte heute keine Politik gemacht werden, schon alleine wegen der Leiden nicht, die vor allem dem sowjetischen Volk und allen anderen überfallenen Ländern zugefügt wurden.
Gerade wir als Sozialdemokraten kämpfen nicht gegen Kriegshetzer wie Strauß, um dann aus dem Munde unseres Bundeskanzlers Warnungen vor dem "Rot sein" und Kritikern gegenwärtiger Regierungspolitik hören zu müssen.
Wir würden es gerne hören, wenn Sie Herr Bundeskanzler, Stellung beziehen könnten gegen Militarismus, gegen Waffenexporte, gegen Atombewaffnung der Bundeswehr und dagegen, daß bei MAN bereits Selbstfahrlafetten für die Cruise Missiles gebaut wurden.

Mit sozialdemokratischen Grüßen

Franz-Josef Hauke, Ute Bärtsch, Willi Becker
Herbert Brüder, Gerd Vochse, Karl Hoffmann